

Landkreis Görlitz

Haushaltsstrukturkonzept für die Jahre 2023 - 2027

Sonderkreistag 15.11.2023



Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	3
2. Rechtsgrundlagen	3
3. Eckdaten zum Landkreis Görlitz	3
4. Anforderung an ein Haushaltsstrukturkonzept (HSK).....	4
5. Ziel	4
6. Herangehensweise	4
7. Analyse der Haushalts- und Finanzlage	6
7.1 Haushaltslage/Demographische Entwicklung	6
7.2 Haushaltsentwicklung/Analyse der Ausgangssituation	9
7.2.1 Entwicklung der Hauptbudgets	9
7.2.2 Analyse der wichtigsten Erträge und Aufwendungen.....	22
7.2.3 Analyse der Ausgangssituation.....	27
7.3 Vergleich mit anderen Kommunen.....	28
7.4 Schuldenstand	38
7.4.1 Investitionskredite	38
7.4.2 Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	40
8 Haushaltskonsolidierung.....	41
8.1. Übersicht der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung pro Budget.....	41

1. Vorwort

Die Landesdirektion Sachsen hat im Haushaltsbescheid vom 05.11.2021 für die Jahre 2021/2022 folgende Auflage unter Punkt 3.1. erteilt:

„Der Landkreis Görlitz hat durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für einen Haushaltsausgleich im Finanzplanungszeitraum vorliegen. Hierfür sind eigenverantwortlich geeignete Konsolidierungsmaßnahmen zu prüfen und zu ergreifen. Kann ein Haushaltsausgleich ab dem Haushaltsjahr 2023 nicht dargestellt werden, wird der Landkreis Görlitz mit der Erstellung der nächsten Haushaltssatzung ein Haushaltsstrukturkonzept vorzulegen haben.“

Da ab dem Jahr 2023 kein Haushaltsausgleich mehr erreicht werden kann ist verbunden mit dem Doppelhaushaltsplan 2023/24 ein Haushaltsstrukturkonzept (HSK) aufzustellen.

2. Rechtsgrundlagen

Auf der Grundlage von § 72 SächsGemO ist die Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren, der Haushalt sich ausgeglichen darstellt. Wird das Ziel eines Haushaltsausgleiches auch im zweiten Folgejahr durch Nachweis im Finanzplan nicht erreicht, ist ein Haushaltsstrukturkonzept aufzustellen und auszuführen, das den Haushaltsausgleich spätestens im vierten Folgejahr nachweist.

3. Eckdaten zum Landkreis Görlitz

Flächengröße des Kreises		2.111,42 km ²
davon:		
Siedlungs- und Verkehrsfläche		232,5 km ²
Landwirtschaftliche Fläche		951,9 km ²
Waldfläche		744,4 km ²
Wasserfläche		58,6 km ²
Kreisstraßen		488,6 km ²
Zahl der kreisangehörigen Städte zum	31.12.2021	14
Zahl der kreisangehörigen Gemeinden zum	31.12.2021	39
Entwicklung der Einwohnerzahlen nach Zensus	31.12.2018	254.894
	31.12.2019	252.725
	31.12.2020	250.558
	31.12.2021	248.273

4. Anforderung an ein Haushaltsstrukturkonzept (HSK)

Haushaltskonsolidierung beschreibt den Vorgang in der Politik, gegenwärtig und zukünftig in der Gesamtheit nicht mehr auszugeben, als eingenommen wird.

Wird ein Haushaltsausgleich nach § 72 SächsGemO nicht erreicht, ist unter Beachtung von § 26 SächsKomHVO ein HSK zu erstellen.

Ein HSK beinhaltet Maßnahmen zur Erhöhung von Erträgen und Reduzierungen von Aufwendungen unter Angabe des jeweiligen Konsolidierungsbetrages und des Zeitpunktes der haushaltsmäßigen Wirksamkeit. Die Maßnahmen sind zu beschreiben und die finanziellen Auswirkungen sind tabellarisch darzustellen. Das HSK ist für die Haushaltsplanung und den Haushaltsvollzug verbindlich.

Des Weiteren ist die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Grundsätze der kommunalen Haushalts- und Wirtschaftsführung und die rechtsaufsichtliche Beurteilung der kommunalen Haushalte zur dauerhaften Sicherung der kommunalen Aufgabenerledigung nach den Regeln der Doppik (VwV Kommunale Haushaltswirtschaft-Doppik) vom 10.12.2013 zu beachten.

5. Ziel

Durch das HSK werden insbesondere die Rechengrößen Erträge und Aufwendungen mit dem Ziel angesprochen,

- den künftigen Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses nach § 2 Abs. 1 Nr. 19 SächsKomHVO-Doppik, spätestens im vierten Folgejahr, und
- die Deckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren nach § 2 Abs. 1 Nr. 20 SächsKomHVO-Doppik

zu erreichen.

Die Erfüllung kommunaler Aufgaben soll langfristig sichergestellt werden. Eine Konsolidierung ist zwingend in einen Bezug zu den strategischen Zielen und beabsichtigten Wirkungen des kommunalen Handelns zu bringen.

6. Herangehensweise

Durch den Landkreis sind alle kurz- und mittelfristigen Einsparmöglichkeiten zu prüfen, mit dem Ziel mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu schaffen. Die Erfüllung der freiwilligen Aufgaben sowie der Aufgaben mit Ermessen sind vorrangig zu betrachten. Bei den Pflichtaufgaben ist der Verwaltungsaufwand zu prüfen. Die Ausnutzung aller Fördermöglichkeiten ist zwingend notwendig.

Durch eine umfassende Aufgaben- und Ausgabenkritik sollen Ressourcen für Einsparungen aufgedeckt werden.

Eine Haushaltskonsolidierung ist nicht alleinige Aufgabe der Verwaltungsleitung, sondern muss in Zusammenarbeit mit allen Ämtern durchgeführt werden. Aus diesem Grund wurden die Ämter aufgefordert, einen Katalog mit Maßnahmen zu erstellen. Inhaltlich sollten sich die Maßnahmen in drei Kategorien aufteilen:

1. Maßnahmen, welche ohne weiteres umgesetzt werden können,
2. Maßnahmen, die zwar umgesetzt werden können, aber auf Grund ihrer Auswirkungen besonders betrachtet werden müssen
3. Maßnahmen, die theoretisch möglich wären, aber auf Grund der damit verbundenen Auswirkung nicht empfohlen werden.

Durch eine umfangreiche Haushaltsanalyse soll Einsparpotenzial aufgedeckt werden.

In einer gemeinsamen Klausurberatung am 22./23.09.2022 mit allen Fachämtern wurde über die Thematik Haushaltskonsolidierung beraten, dabei ging es zum einen um eine Analyse und zum anderen um die Umsetzung von Einsparmöglichkeiten (Senkung der Aufwendungen/Erhöhung der Erträge).

Neben der Betrachtung der eigenen Erträge und Aufwendungen wird auch das Finanzvolumen der anliegenden Landkreise mit analysiert, um auch hier mögliche Ressourcen zu erschließen.

7. Analyse der Haushalts- und Finanzlage

7.1 Haushaltslage/Demographische Entwicklung

Der Landkreis Görlitz weist zum 31. Dezember 2010 keine kameralen Altfehlbeträge aus, der Haushalt ist strukturell ausgeglichen.

Mit Datum 01.01.2011 wurde das Rechnungswesen auf die doppelte Buchführung umgestellt. Die Feststellung der Eröffnungsbilanz per 01.01.2011 des Landkreises Görlitz wurde durch den Kreistag am 13.05.2015 beschlossen (KT Beschluss Nr. 071/2015).

Die Jahresabschlüsse für die Jahre 2011 bis 2020 liegen vor und der Jahresabschluss für das Jahr 2021 liegt derzeit vorläufig vor. Die Haushaltslage ist von einer äußerst angespannten Finanzlage geprägt. Durch den Landkreis müssen alle zu beeinflussenden Maßnahmen ergriffen werden, um die Liquidität zu erhalten.

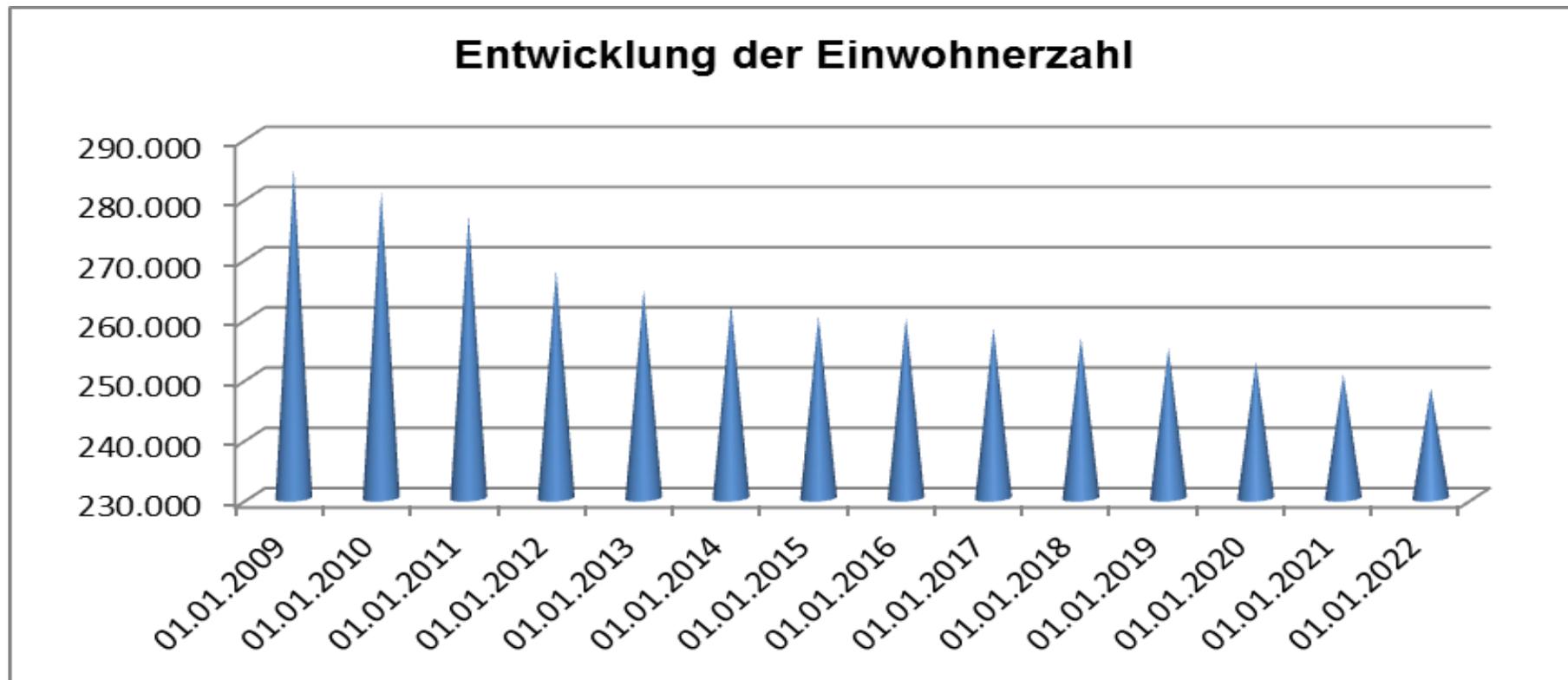
Der Landkreis Görlitz ist aufgrund seiner Historie, seiner Lage und Struktur und seiner soziodemografischen Merkmale mehr als ein Spiegelbild aktueller gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Prozesse. Als ländlich geprägte, sehr dünn besiedelte Region in einer Randlage kristallisieren sich gerade hier die Zukunftsprobleme dieses Landes, deren tatsächliche und praktische Lösung überlebensnotwendig für diese Region ist und sein wird. Die Lage und der Geburtenrückgang, Wanderungsverluste und eine steigende Überalterung der Bevölkerung spiegeln die Folgen des Demografischen Wandels besonders stark wider. Im Jahr 1990 hatte der Landkreis Görlitz (jetziger Gebietsstand) 369 625 Einwohner, im Jahr 2000 waren es 323 025 Einwohner, im Jahr 2014 waren es 260 188 Einwohner und im Jahr 2021 waren es 248.273 Einwohner. Im Jahr 2025 werden es voraussichtlich noch 240.000 Einwohner sein. Gemessen an der Gesamteinwohnerzahl wird der Anteil der älteren Bevölkerung prozentual zunehmen. Das zeigt sich in der Entwicklung des Durchschnittsalters. Im Jahr 1990 betrug das Durchschnittsalter 38,5 Jahre, im Jahr 2000 betrug es 42,9 Jahre, im Jahr 2010 betrug es 47,7 Jahre und im Jahr 2020 betrug es 49,6. Im Jahr 2025 wird es 52,2 Jahre betragen.

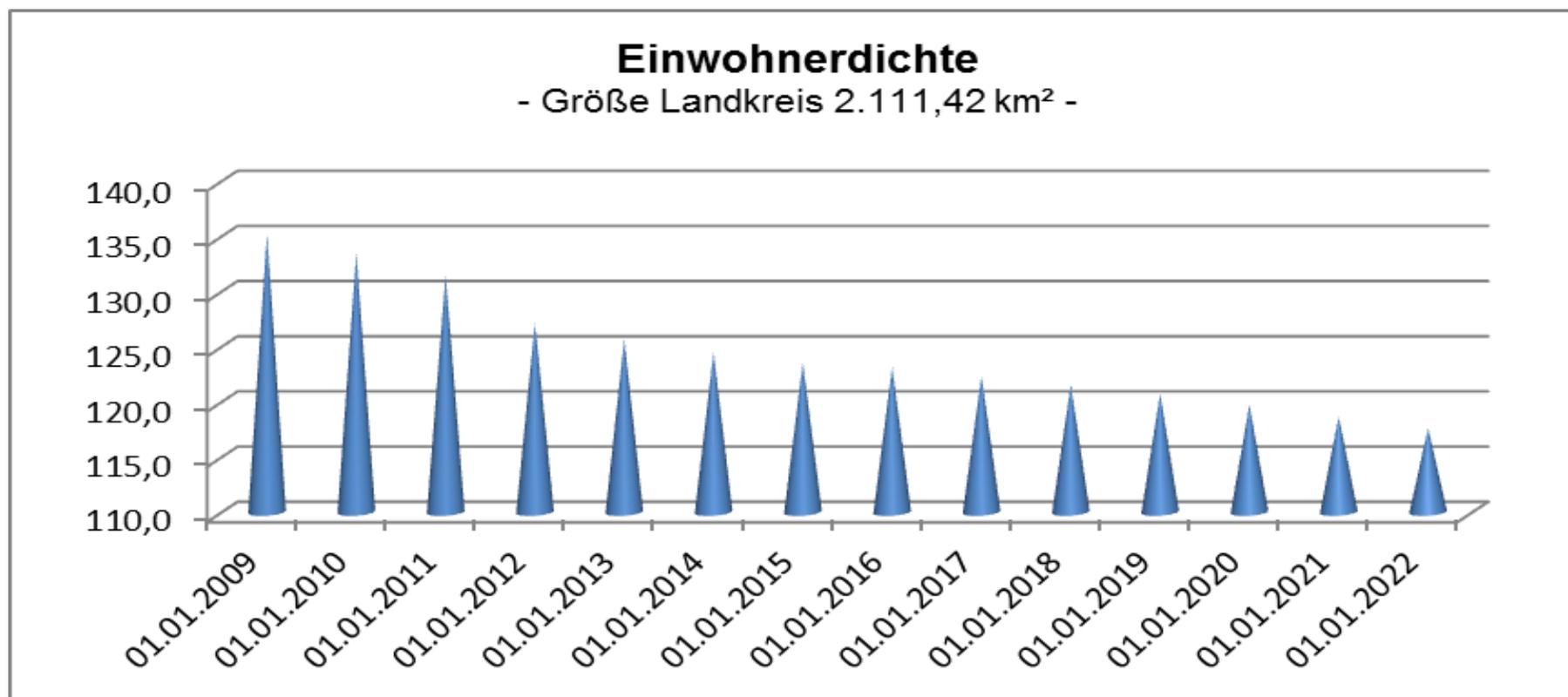
Im Bereich der sozialen Sicherung hat der Landkreis Görlitz unter allen sächsischen Landkreisen die höchsten Aufwendungen. Die Herausforderungen bestehen zum einen aus steigenden Aufwendungen, zum anderen aus fehlenden bzw. gekürzten Erträgen (SoBEZ, FAG, veränderte Auslegung von Förderrichtlinien u.a.).

Darüber hinaus sind die Auswirkungen des demografischen Wandels im Landkreis Görlitz besonders deutlich spürbar. Der Rückgang der Bevölkerung hält an, da sowohl die Abwanderung als auch das Geburtendefizit nur sehr langsam geringer werden. Die Sozialstruktur verändert sich in den nächsten Jahren so, dass mit weiteren Aufwandssteigerungen z.B. in der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zu rechnen ist. Verbunden mit einer stetigen Alterung der Bevölkerung und der nach wie vor höchsten Arbeitslosenquote in Sachsen kumulieren sich im Landkreis Görlitz soziale Problemlagen in einer Brisanz, der sich bisher kein anderer Landkreis stellen muss. Hier bemühte sich der Landkreis über Jahre um Unterstützung des Freistaates Sachsen. Eine Lösung konnte bislang nicht erzielt werden. Daraufhin hat der Kreistag des Landkreises Görlitz mit Beschluss im Sommer 2021 einer Klage gegen den

Freistaat Sachsen und hier insbesondere gegen das Finanzausgleichsgesetz zugestimmt. Mit einem kurzfristigen Ergebnis ist dabei nicht zu rechnen. Es ist eher davon auszugehen, dass es Jahre dauern bis mit einer Entscheidung vor Gericht zu rechnen ist.

Es ist anzunehmen, dass sich die Wirtschaftskraft, die Steuerkraft und die Finanzausweisungen rückläufig entwickeln, jedoch die Soziallasten weiterhin steigen werden. Die Infrastruktur im Landkreis soll der Bevölkerungsentwicklung angepasst werden. Das bedeutet, dass künftige Investitionen auf ihre strategische Stabilität, zukunftsichernde Notwendigkeit und perspektivische Auslastung hin überprüft werden müssen.





7.2 Haushaltsentwicklung/Analyse der Ausgangssituation

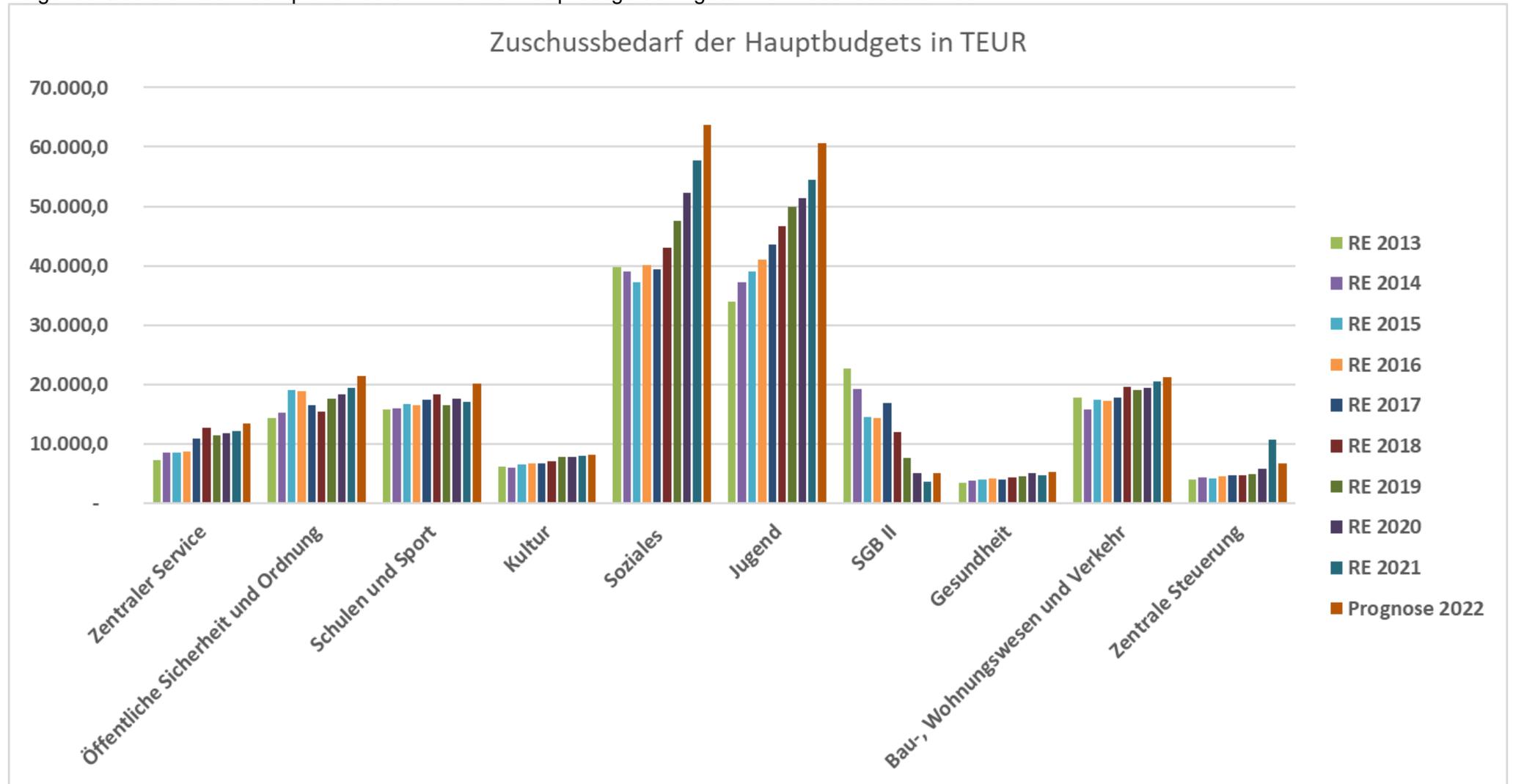
7.2.1 Entwicklung der Hauptbudgets

Der Gesamthaushalts des Landkreises ist in Hauptbudgets (HB) gegliedert. Die Hauptbudgets stellen mit Ausnahme des HB Allgemeine Finanzwirtschaft, Zuschussbereiche dar. Die Rechnungsergebnisse 2011 – 2018 sowie das Rechnungsergebnis 2021 und die Prognose 2022 wiesen negative Ergebnisse auf. Nur die Jahre 2019 und 2020 konnten positiv abgeschlossen werden. Das heißt, dass in den jeweiligen Haushaltsjahren 2011 – 2018 und 2021 sowie 2022 die verbrauchten Ressourcen durch die zu erwartenden Erträge nicht gedeckt werden konnten bzw. gedeckt werden können.

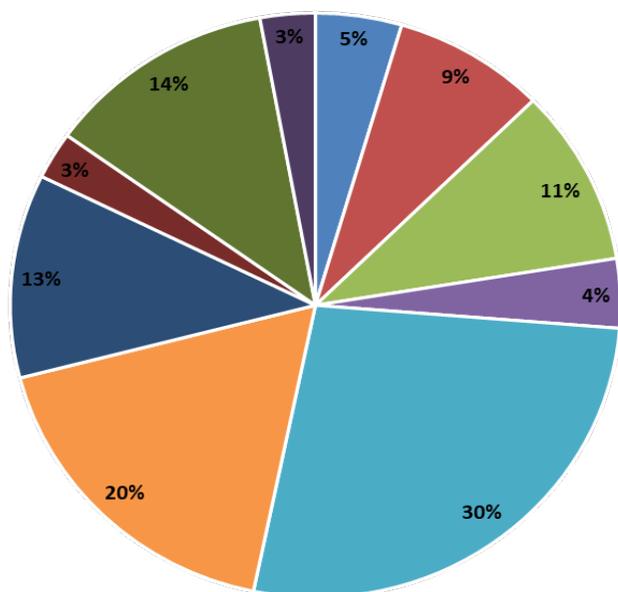
Hauptbudget	RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	RE 2015	RE 2016	RE 2017	RE 2018	RE 2019	RE 2020	RE 2021	Prognose 2022
- TEUR -												
Zentraler Service	- 7.283,0	- 6.965,0	- 7.210,8	- 8.613,2	- 8.507,1	- 8.763,5	- 10.834,6	- 12.778,7	- 11.370,8	- 11.812,9	- 12.267,6	- 13.423,4
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	- 12.889,4	- 11.057,5	- 14.410,5	- 15.339,3	- 19.027,5	- 18.978,4	- 16.513,2	- 15.454,6	- 17.580,3	- 18.276,6	- 19.295,7	- 21.426,3
Schulen und Sport	- 15.617,2	- 15.525,0	- 15.816,0	- 16.047,3	- 16.710,7	- 16.582,3	- 17.527,9	- 18.424,0	- 16.555,9	- 17.582,7	- 18.116,9	- 20.210,4
Kultur	- 6.108,5	- 6.074,9	- 6.229,1	- 6.031,1	- 6.640,7	- 6.717,1	- 6.713,4	- 7.061,8	- 7.856,4	- 7.833,7	- 7.934,3	- 8.254,5
Soziales	- 43.082,8	- 40.867,5	- 39.736,2	- 39.019,3	- 37.148,8	- 40.142,6	- 39.360,6	- 43.054,1	- 47.484,3	- 52.356,2	- 57.660,0	- 63.688,8
Jugend	- 28.292,1	- 30.602,4	- 33.972,8	- 37.238,2	- 38.983,9	- 41.056,8	- 43.653,9	- 46.748,9	- 49.949,0	- 51.431,0	- 54.547,6	- 60.584,0
SGB II	- 17.985,7	- 22.216,6	- 22.725,8	- 19.258,2	- 14.605,2	- 14.447,1	- 16.830,3	- 12.048,2	- 7.601,3	- 5.075,3	- 3.742,8	- 5.117,9
Gesundheit	- 4.155,5	- 3.382,4	- 3.495,0	- 3.879,8	- 4.080,0	- 4.240,4	- 4.017,8	- 4.427,8	- 4.636,0	- 5.150,4	- 4.679,5	- 5.255,5
Bau-, Wohnungswesen und Verkehr	- 19.478,1	- 17.519,5	- 17.851,1	- 15.855,2	- 17.464,6	- 17.277,8	- 17.880,3	- 19.614,7	- 19.047,3	- 19.416,2	- 21.090,3	- 21.262,6
Zentrale Steuerung	- 4.661,3	- 3.816,5	- 4.094,7	- 4.387,4	- 4.249,5	- 4.496,2	- 4.675,2	- 4.790,9	- 4.938,7	- 5.758,8	- 10.875,6	- 6.822,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	152.858,2	149.641,6	159.752,9	164.460,8	163.680,7	163.625,1	170.231,0	180.222,2	189.772,3	196.799,7	189.511,9	197.815,3
HSK-Maßnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.019,3	4.055,1	2.688,8
Zuschussbedarf	- 6.695,4	- 8.385,7	- 5.789,1	- 1.208,2	- 3.737,3	- 9.077,1	- 7.776,2	- 4.181,3	2.752,4	6.125,1	- 16.643,3	- 25.542,0

Der Zuschussbedarf steigt bis auf SGB II in allen Bereichen kontinuierlich an. Vor allem im Bereich Soziales und Jugend ist der Anstieg am deutlichsten. Lediglich im Bereich SGB II gab es in den letzten Jahren vor allem bei der Bundesbeteiligung Entlastungen von Seiten des Bundes.

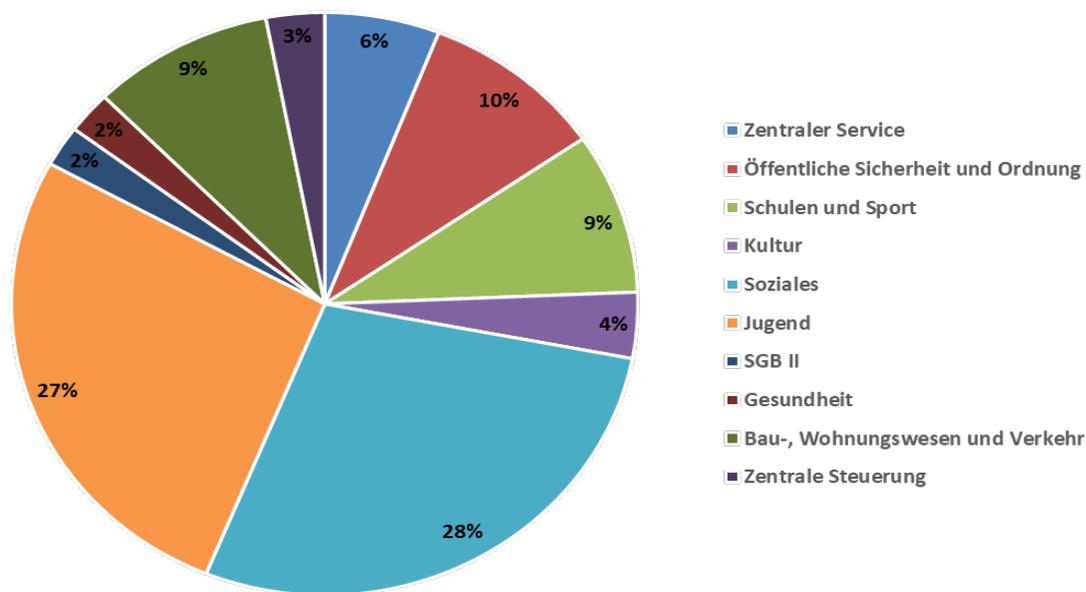
Folgende Übersicht stellt den prozentualen Anteil der Hauptbudgets am gesamten Zuschussbedarf dar:



RE 2011



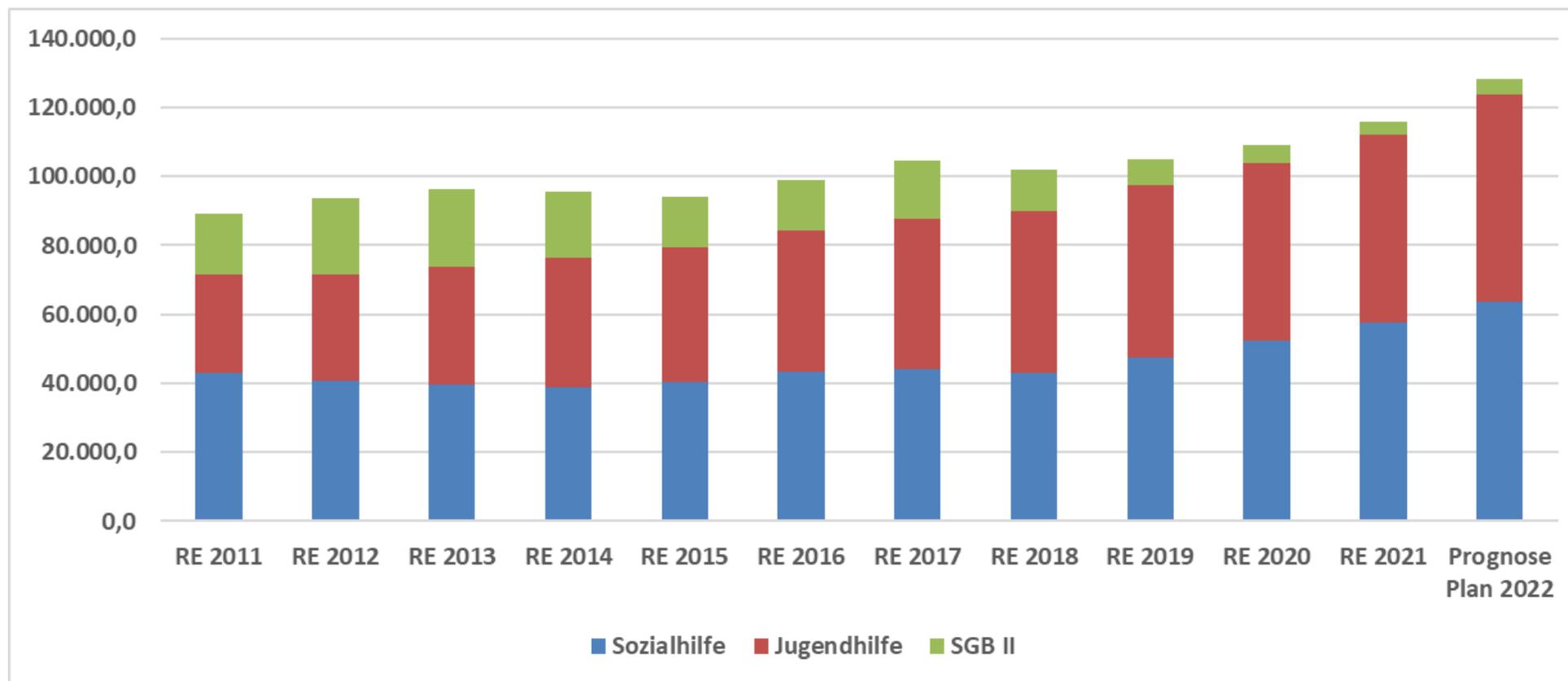
Prognose 2022



- Zentraler Service
- Öffentliche Sicherheit und Ordnung
- Schulen und Sport
- Kultur
- Soziales
- Jugend
- SGB II
- Gesundheit
- Bau-, Wohnungswesen und Verkehr
- Zentrale Steuerung

Hauptbudget	RE 2011		RE 2012		RE 2013		RE 2014		RE 2015		RE 2016		RE 2017		RE 2018		RE 2019		RE 2020		RE 2021		Prognose 2022	
Zentraler Service	7.283,0	5%	6.965,0	4%	7.210,8	4%	8.613,2	5%	8.507,1	5%	8.763,5	5%	10.834,6	6%	12.778,7	7%	11.370,8	6%	11.812,9	6%	12.267,6	6%	13.423,4	6%
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	12.889,4	8%	11.057,5	7%	14.410,5	9%	15.339,3	9%	19.027,5	11%	18.978,4	11%	16.513,2	9%	15.454,6	8%	17.580,3	9%	18.276,6	9%	19.295,7	9%	21.426,3	9%
Schulen und Sport	15.617,2	10%	15.525,0	10%	15.816,0	10%	16.047,3	10%	16.710,7	10%	16.582,3	10%	17.527,9	10%	18.424,0	10%	16.555,9	9%	17.582,7	9%	18.116,9	9%	20.210,4	9%
Kultur	6.108,5	4%	6.074,9	4%	6.229,1	4%	6.031,1	4%	6.640,7	4%	6.717,1	4%	6.713,4	4%	7.061,8	4%	7.856,4	4%	7.833,7	4%	7.934,3	4%	8.254,5	4%
Soziales	43.082,8	27%	40.867,5	26%	39.736,2	24%	39.019,3	24%	37.148,8	22%	40.142,6	23%	39.360,6	22%	43.054,1	23%	47.484,3	25%	52.356,2	27%	57.660,0	27%	63.688,8	28%
Jugend	28.292,1	18%	30.602,4	19%	33.972,8	21%	37.238,2	22%	38.983,9	23%	41.056,8	24%	43.653,9	25%	46.748,9	25%	49.949,0	27%	51.431,0	26%	54.547,6	26%	60.584,0	27%
SGB II	17.985,7	11%	22.216,6	14%	22.725,8	14%	19.258,2	12%	14.605,2	9%	14.447,1	8%	16.830,3	9%	12.048,2	7%	7.601,3	4%	5.075,3	3%	3.742,8	2%	5.117,9	2%
Gesundheit	4.155,5	3%	3.382,4	2%	3.495,0	2%	3.879,8	2%	4.080,0	2%	4.240,4	2%	4.017,8	2%	4.427,8	2%	4.636,0	2%	5.150,4	3%	4.679,5	2%	5.255,5	2%
Bau-, Wohnungswesen und Verkehr	19.478,1	12%	17.519,5	11%	17.851,1	11%	15.855,2	10%	17.464,6	10%	17.277,8	10%	17.880,3	10%	19.614,7	11%	19.047,3	10%	19.416,2	10%	21.090,3	10%	21.262,6	9%
Zentrale Steuerung	4.661,3	3%	3.816,5	2%	4.094,7	2%	4.387,4	3%	4.249,5	3%	4.496,2	3%	4.675,2	3%	4.790,9	3%	4.938,7	3%	5.758,8	3%	10.875,6	5%	6.822,7	3%
Zuschussbedarf	159.553,60		158.027,30		165.542,00		165.669,00		167.418,00		172.702,20		178.007,20		184.403,58		187.019,89		194.693,87		210.210,30		226.046,10	

Der größte Nettoressourcenverbrauch liegt im Sozialbereich, welcher sich aus den Hauptbudgets Soziales, Jugend und SGB II zusammensetzt. Betrachtet man das Verhältnis zum gesamten Zuschussbedarf macht das einen durchschnittlichen Anteil von ca. 56,4 % aus.

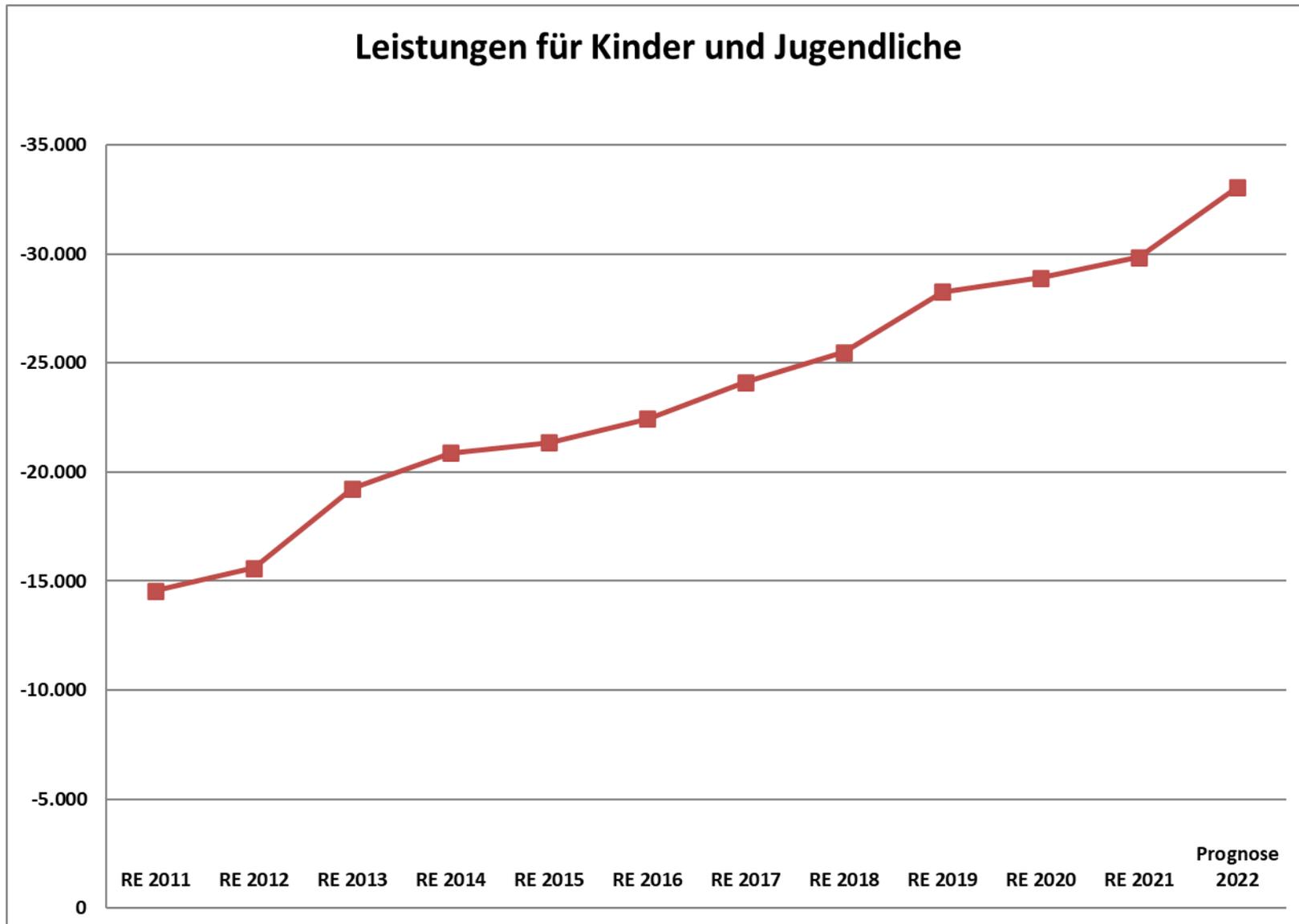


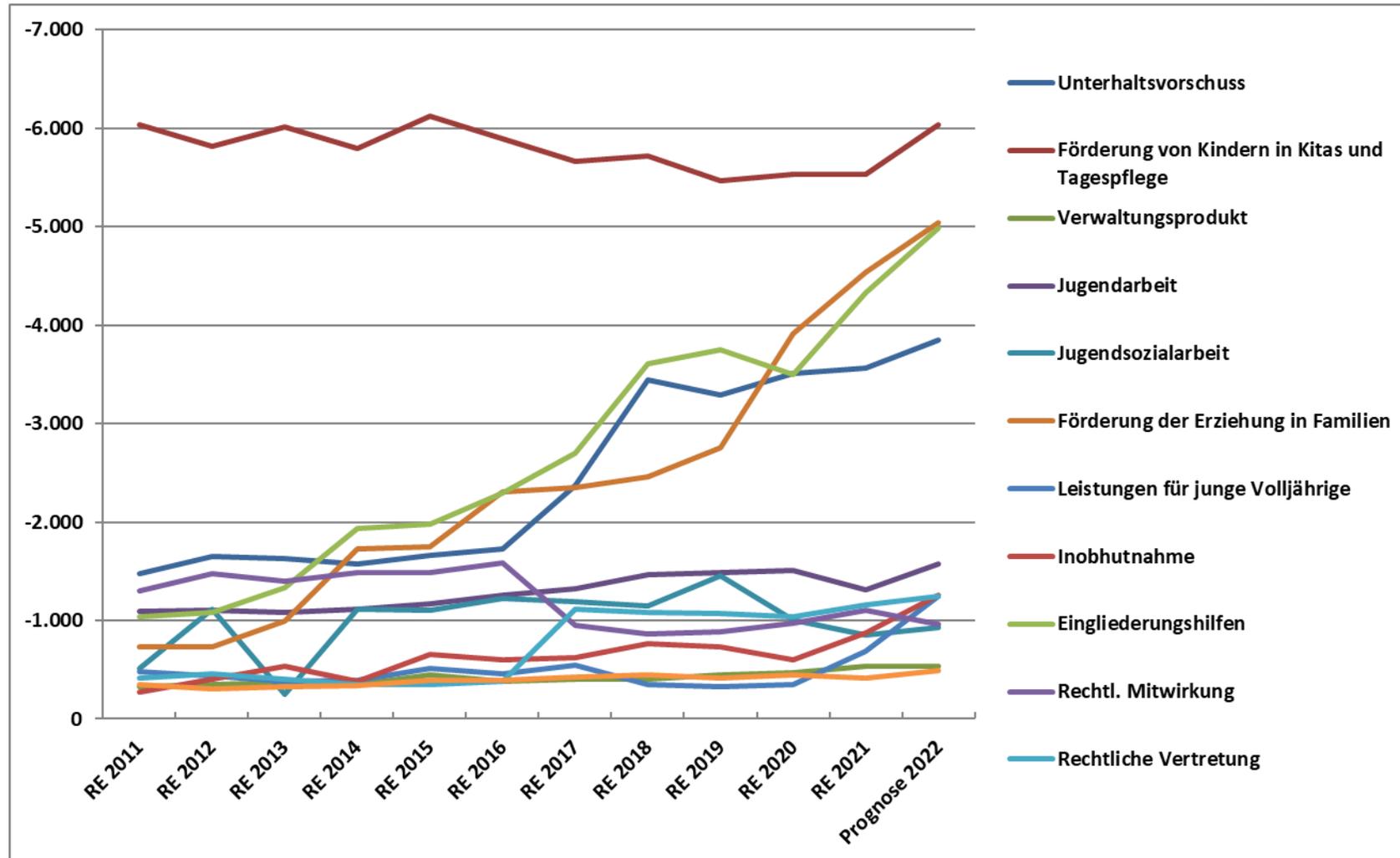
	Doppik											
	RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	RE 2015	RE 2016	RE 2017	RE 2018	RE 2019	RE 2020	RE 2021	Prognose Plan 2022
Sozialhilfe	43.082,8	40.867,5	39.736,2	39.019,3	40.352,0	43.291,5	43.933,4	43.054,1	47.484,3	52.356,2	57.660,0	63.569,6
Jugendhilfe	28.292,1	30.602,4	33.972,8	37.238,3	38.984,0	41.056,9	43.653,9	46.748,9	49.949,0	51.431,0	54.547,6	60.048,8
SGB II	17.985,8	22.216,6	22.797,3	19.258,2	14.605,2	14.447,1	16.830,3	12.048,2	7.601,3	5.140,9	3.742,8	4.471,1
Gesamt	89.360,7	93.686,5	96.506,3	95.515,8	93.941,2	98.795,5	104.417,6	101.851,2	105.034,6	108.928,1	115.950,4	128.089,5

Der durchschnittliche Anteil des Zuschussbedarfes des Sozialbereiches am gesamten Zuschussbedarf liegt bei ca. 56,4 %, also bei mehr als der Hälfte. Die Sozialstruktur im Landkreis ist von einer hohen Erwerbslosen- und Sozialhilfequote gekennzeichnet. Diese Tatsache lässt den Sozialbereich eine Schlüsselposition in der Analyse der Haushalts- und Finanzlage einnehmen. Die Bereiche Soziales, Jugend und Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II sind von besonderer finanzieller Intensität geprägt und erhalten immer mehr politische Aufmerksamkeit.

Seit dem Jahr 2010 verfestigt sich der Trend in Deutschland, dass die Kosten in der Jugendhilfe um mindestens 10% im Jahr ansteigen. Dabei konzentrieren sich die Steigerungen auf zwei Bereiche. Einmal die Erhöhung der Kinderbetreuungskosten und zum anderen die Aufwendungen bei den Hilfen zur Erziehung.

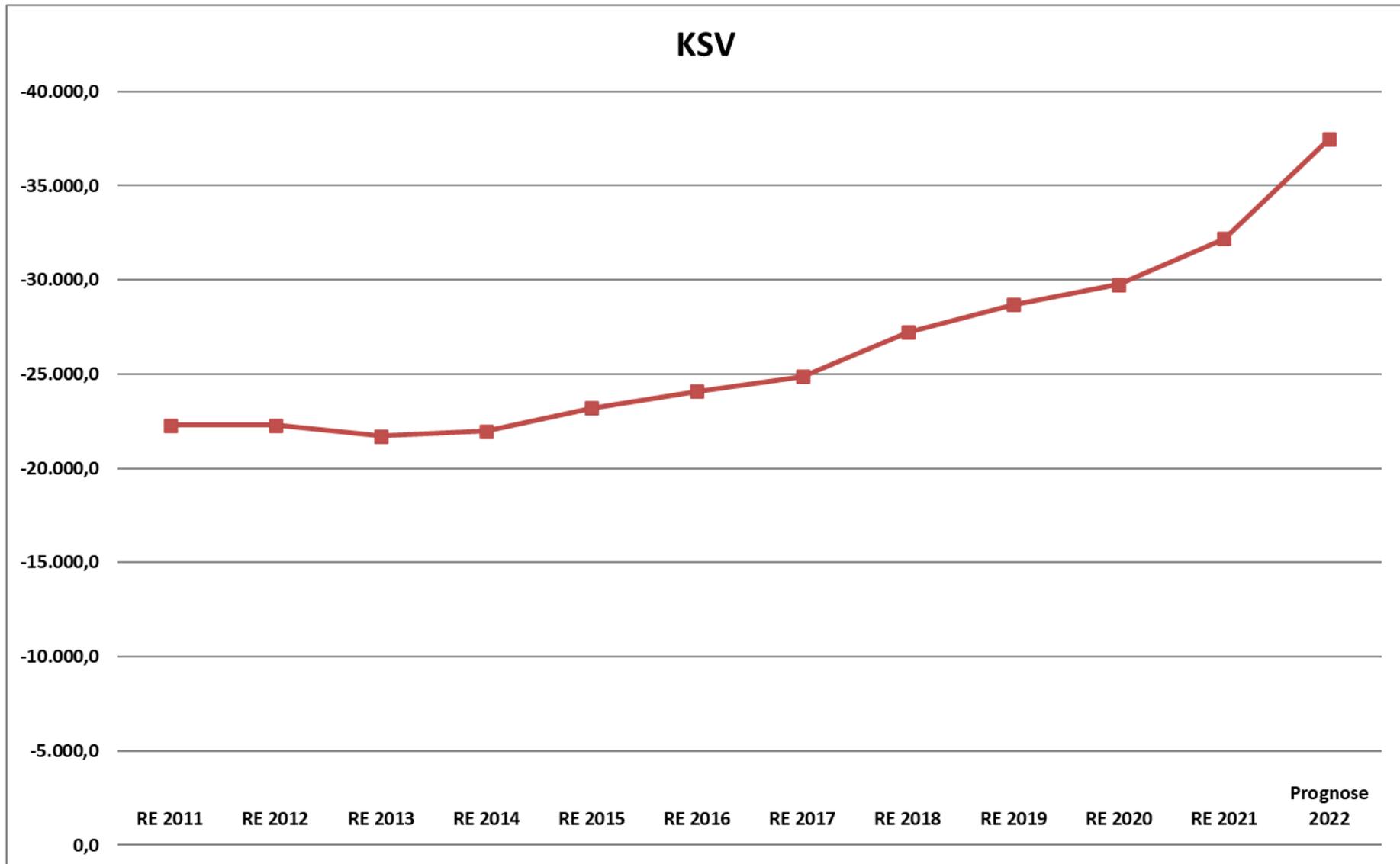
Produkte		RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	RE 2015	RE 2016	RE 2017	RE 2018	RE 2019	RE 2020	RE 2021	Prognose 2022
		- in TEUR -											
34.1.1.01	Unterhaltsvorschuss	-1.481	-1.655,0	-1.629,4	-1.576,4	-1.657,2	-1.725,7	-2.368,6	-3.442,7	-3.289,9	-3.505,0	-3.560,9	-3.846,3
36.1.1.01	Förderung von Kindern in Kitas und Tagespflege	-6.035	-5.812,9	-6.017,5	-5.792,2	-6.123,3	-5.890,2	-5.662,0	-5.716,1	-5.465,7	-5.536,0	-5.533,7	-6.039,6
36.1.1.99	Verwaltungsprodukt	-326	-345,9	-369,9	-348,5	-445,5	-377,9	-401,4	-406,2	-449,3	-472,7	-532,2	-534,8
36.2.1.01	Jugendarbeit	-1.093	-1.106,1	-1.086,5	-1.111,8	-1.168,1	-1.259,3	-1.317,1	-1.460,6	-1.486,7	-1.504,4	-1.307,3	-1.569,4
36.3.1.01	Jugendsozialarbeit	-513	-1.109,6	-250,5	-1.118,0	-1.104,8	-1.219,0	-1.194,9	-1.149,1	-1.453,7	-1.008,3	-851,7	-932,2
36.3.2.01	Förderung der Erziehung in Familien	-737	-733,7	-990,1	-1.722,3	-1.751,9	-2.303,5	-2.352,4	-2.462,1	-2.757,3	-3.918,3	-4.534,3	-5.039,9
36.3.3.01	Leistungen für Kinder und Jugendliche	-14.548	-15.598,2	-19.248,8	-20.891,7	-21.355,0	-22.440,8	-24.124,2	-25.502,6	-28.271,1	-28.913,3	-29.862,6	-33.047,7
36.3.4.01	Leistungen für junge Volljährige	-479	-437,7	-377,8	-389,5	-508,8	-456,3	-550,6	-350,0	-332,8	-352,9	-690,7	-1.247,7
36.3.4.02	Inobhutnahme	-270	-409,1	-533,5	-378,7	-650,5	-605,2	-617,5	-767,9	-734,0	-601,6	-873,5	-1.252,0
36.3.4.03	Eingliederungshilfen	-1.036	-1.078,1	-1.328,3	-1.936,9	-1.983,7	-2.299,3	-2.694,7	-3.610,2	-3.752,9	-3.498,9	-4.326,7	-4.989,0
36.3.5.01	Rechtl. Mitwirkung	-1.303	-1.477,4	-1.401,6	-1.483,5	-1.487,7	-1.588,7	-950,0	-865,1	-890,6	-970,7	-1.107,5	-966,0
36.3.5.02	Rechtliche Vertretung	-419	-454,5	-408,5	-354,3	-349,9	-386,7	-1.117,9	-1.083,5	-1.066,7	-1.034,0	-1.155,0	-1.247,7
36.3.6.01	Erziehungsgeld	-352	-311,1	-330,8	-334,8	-397,6	-397,9	-423,0	-446,4	-412,3	-452,8	-418,8	-495,6
gesamt		-28.592,4	-30.529,5	-33.973,1	-37.438,5	-38.984,0	-40.950,5	-43.774,4	-47.262,5	-50.363,0	-51.768,9	-54.754,9	-61.207,9

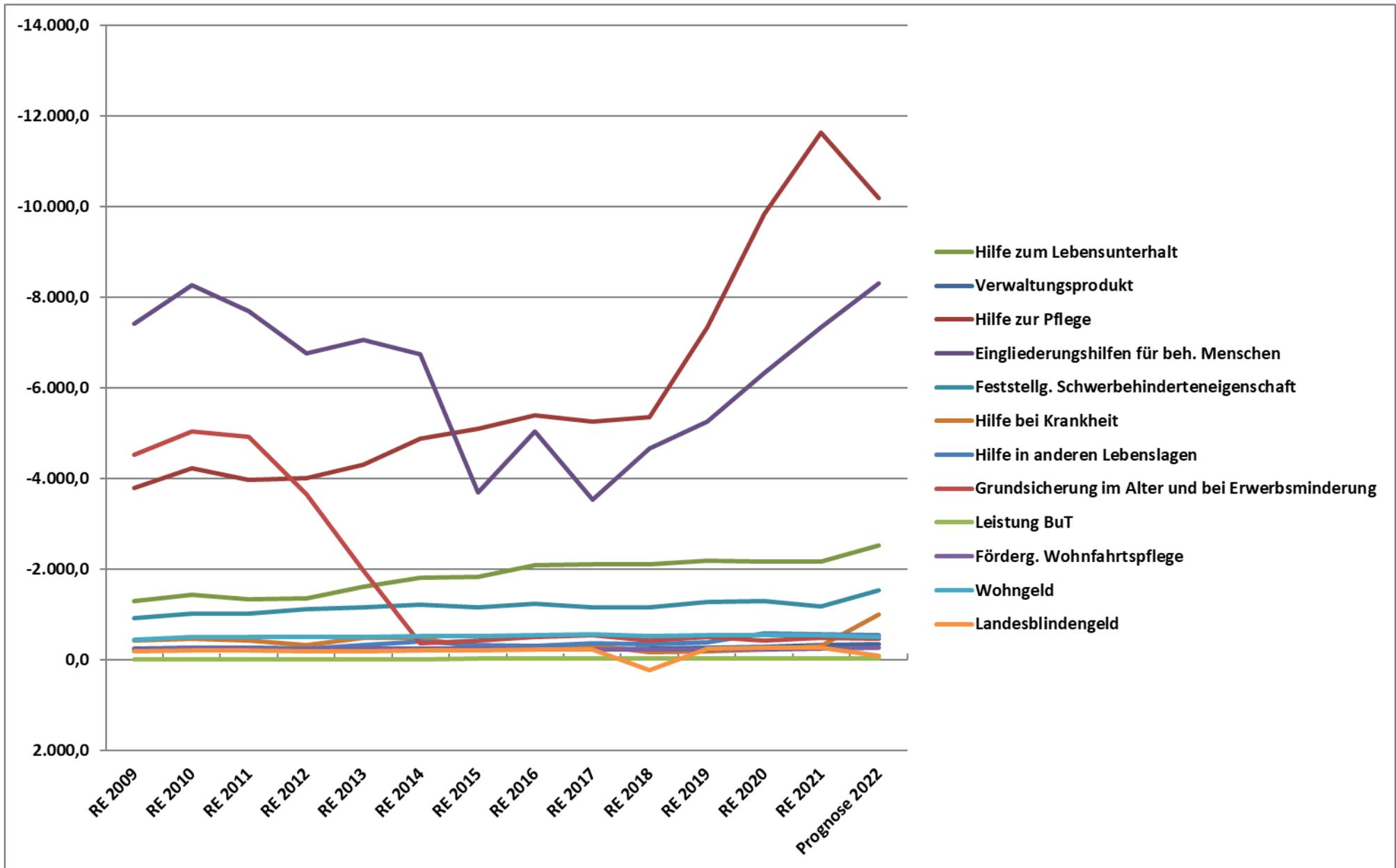




Im Hauptbudget Soziales ist eine sehr steigende Tendenz zu verzeichnen. Vor allem bei der Umlage an den Kommunalen Sozialverband (KSV) ist ein sehr großer Anstieg in den letzten Jahren zu verzeichnen. Auch bei der Hilfe zur Pflege und bei der Eingliederung für behinderte Menschen ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Eine Entlastung hingegen gab es bei der Grundsicherung im Alter. Der Bund übernahm bis zum Jahr 2014 in 3 Stufen bis zu 100% der Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung. Im Jahr 2012 betrug der Anteil 45%, im Jahr 2013 wurde ein Anteil von 75% der Nettoausgaben übernommen und 2014 waren es 100%.

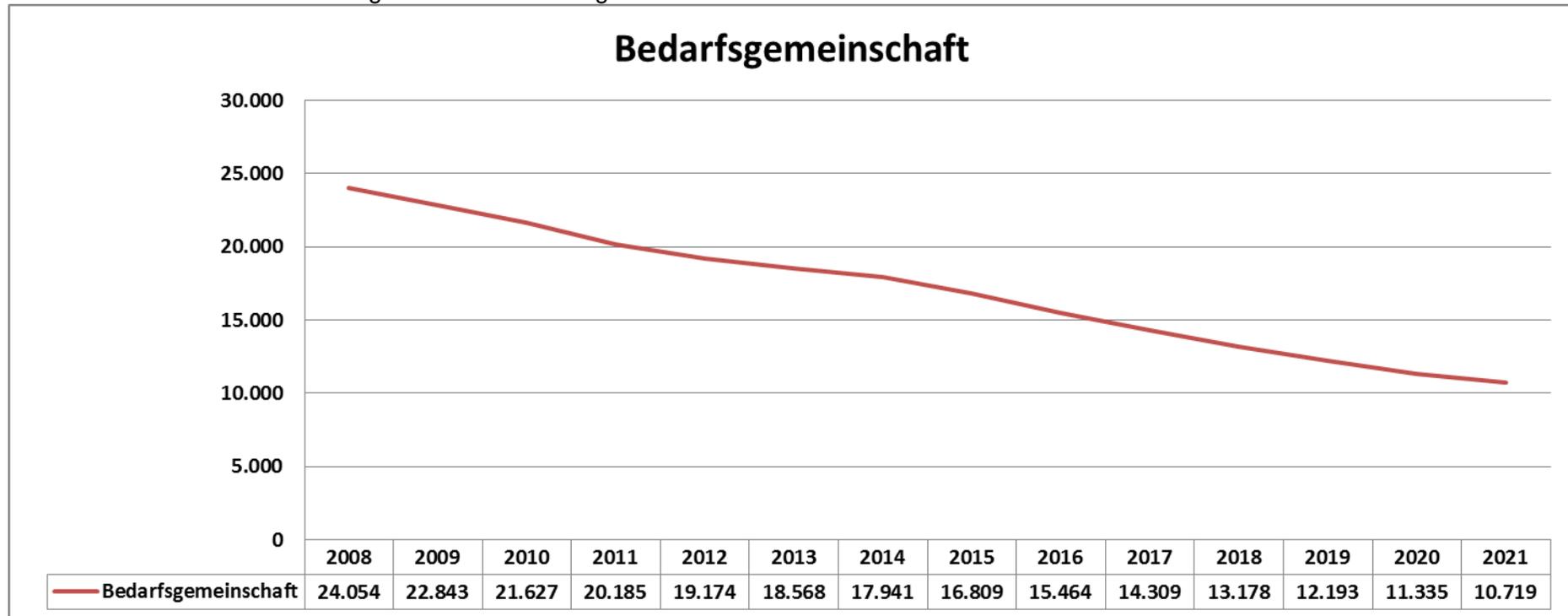
	RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	RE 2015	RE 2016	RE 2017	RE 2018	RE 2019	RE 2020	RE 2021	Prognose 2022
Hilfe zum Lebensunterhalt	-1.325,9	-1.347,4	-1.609,3	-1.804,9	-1.824,4	-2.091,5	-2.112,6	-2.095,3	-2.182,5	-2.160,9	-2.168,8	-2.510,9
Verwaltungsprodukt	-266,2	-243,8	-217,4	-220,6	-234,6	-233,4	-223,7	-232,3	-265,9	-280,7	-328,7	-339,7
Hilfe zur Pflege	-3.956,4	-4.003,3	-4.312,0	-4.877,2	-5.096,6	-5.384,2	-5.248,0	-5.344,5	-7.329,0	-9.823,0	-11.637,5	-10.179,8
Eingliederungshilfen für beh. Menschen	-7.684,8	-6.760,8	-7.056,1	-6.741,8	-3.693,4	-5.035,4	-3.535,8	-4.652,9	-5.253,7	-6.332,9	-7.440,8	-8.305,0
Feststellg. Schwerbehinderteneigenschaft	-1.011,6	-1.105,1	-1.147,6	-1.203,7	-1.145,0	-1.223,1	-1.143,2	-1.148,7	-1.274,0	-1.293,0	-1.187,7	-1.527,9
Hilfe bei Krankheit	-428,9	-321,3	-482,5	-478,4	-261,7	-295,4	-319,9	-167,7	-176,2	-227,2	-301,1	-995,0
Hilfe in anderen Lebenslagen	-254,1	-233,9	-321,4	-398,1	-315,3	-304,5	-350,0	-332,7	-383,6	-568,0	-548,6	-530,0
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	-4.927,2	-3.651,7	-1.968,8	-360,2	-423,5	-492,3	-547,7	-421,3	-497,4	-413,2	-488,3	-462,8
Leistung BuT	-6,5	-8,0	-10,1	-12,3	-18,2	-17,9	-18,8	-14,7	-17,1	-17,4	-18,0	-32,3
Förderg. Wohnfahrtspflege	-240,0	-228,5	-234,4	-234,9	-233,1	-235,9	-226,8	-225,5	-224,7	-229,8	-247,1	-255,5
Komm. Sozialverband	-22.291,9	-22.283,2	-21.707,2	-21.976,0	-23.192,5	-24.085,4	-24.865,8	-27.225,6	-28.684,7	-29.763,9	-32.179,4	-37.489,7
Wohngeld	-489,3	-492,6	-493,2	-511,3	-511,9	-532,0	-549,0	-511,9	-543,5	-536,2	-546,9	-489,7
Landesblindengeld	-200,1	-187,9	-176,1	-199,9	-198,5	-211,5	-219,2	234,6	-239,6	-257,0	-263,3	-74,9
Gesamt	-43.082,8	-40.867,5	-39.736,2	-39.019,3	-37.148,8	-40.142,6	-39.360,6	-42.138,5	-47.071,9	-51.903,2	-57.356,2	-63.193,2





Mit der Bildung des Jobcenters Landkreis Görlitz wurde der Beschluss des Kreistages vom 29.06.2011 umgesetzt. Darin hatte der Kreistag die Übernahme der Aufgaben der Grundsicherung nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) in alleiniger Trägerschaft als zugelassener kommunaler Träger beschlossen. Vom 01.01.2012 an oblag die Betreuung und Vermittlung Leistungsberechtigter allein dem Landkreis Görlitz. Die beiden bislang für die Aufgaben der Grundsicherung nach dem SGB II zuständigen Einrichtungen (Jobcenter Fachdienst Beschäftigung und Arbeit und Jobcenter Landkreis Görlitz Nord) wurden zusammengelegt.

In den letzten Jahren sinken die Bedarfsgemeinschaften stetig.

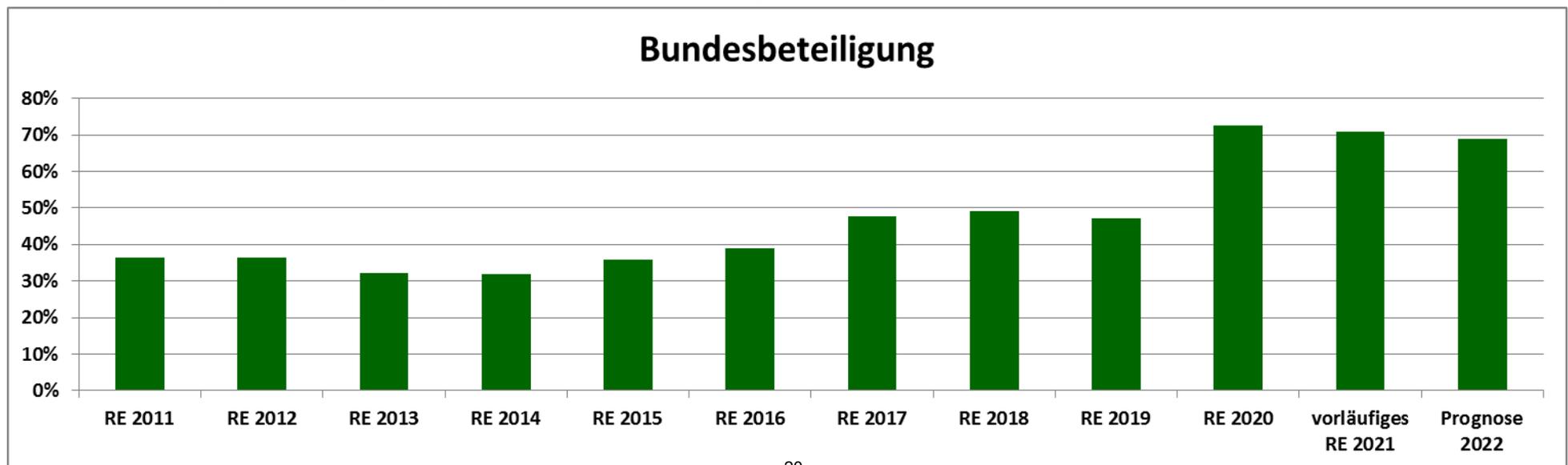


	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Bedarfsgemeinschaft	24.054	22.843	21.627	20.185	19.174	18.568	17.941	16.809	15.464	14.309	13.178	12.193	11.335	10.719

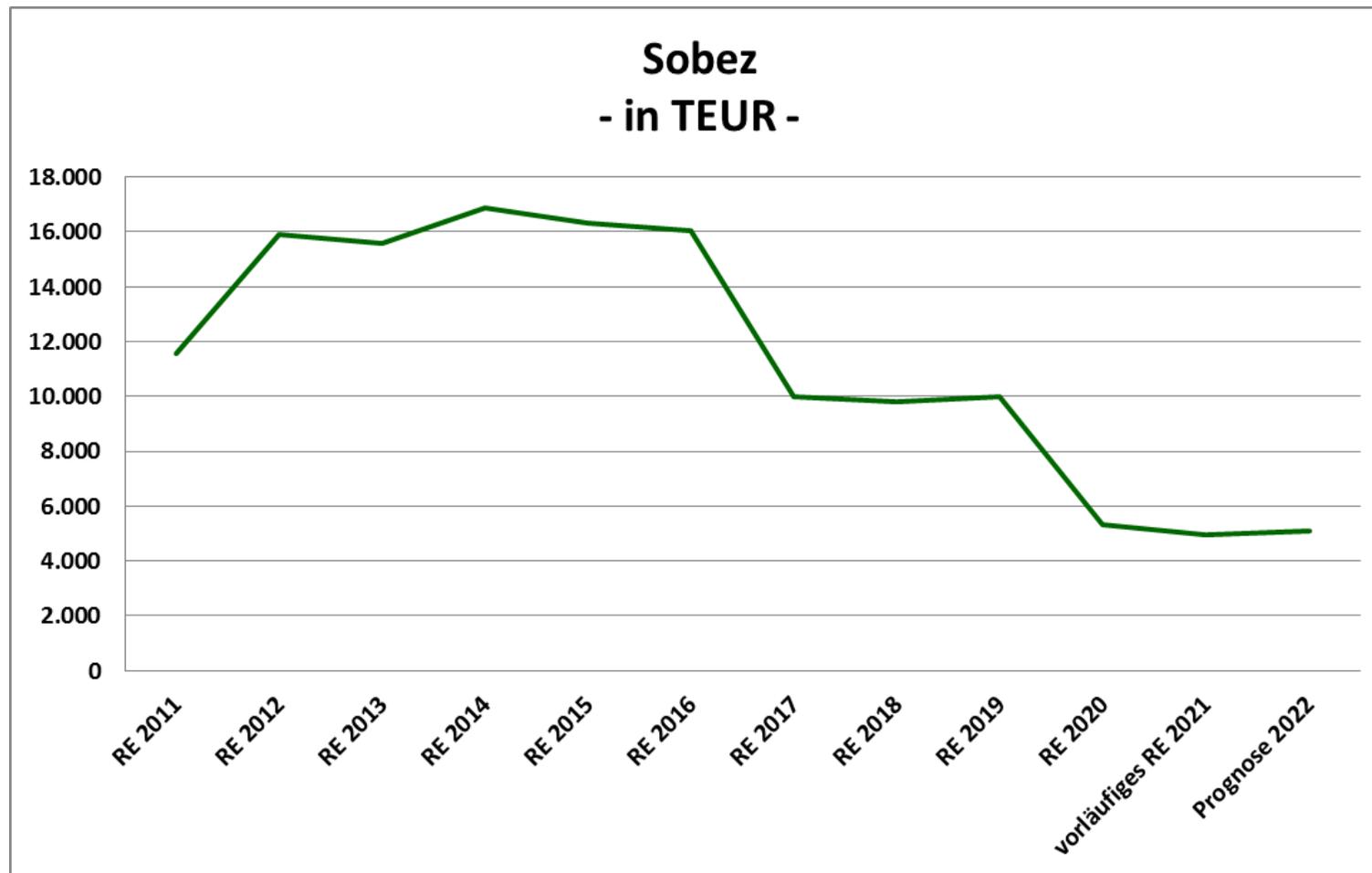
Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU) ist in den letzten Jahren fast ausnahmslos gestiegen. Im Jahr 2021 und 2022 ist dagegen ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Das hat nicht direkt mit den Kosten der Unterkunft zu tun, vielmehr wurden verschiedenen Entlastungspakete in dieser Form an die Kommunen weitergegeben.

Veränderungen der Bundesbeteiligungen:

Jahr	Änderung der Bundesbeteiligung an den KdU
2005	Einführung der bundesweit einheitlichen „Sockelbeteiligung“ mit 29,1 %
2007	Erhöhung der „Sockelbeteiligung“ auf bundesdurchschnittlich 31,8 % Einführung der höheren Sonderquoten für Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz
2008	Einführung der formelbasierten Anpassung der „Sockelbeteiligung“ anhand der Zahl der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften, und in der Folge schrittweiser Rückgang der Beteiligungsquote auf bundesdurchschnittlich 23,6 % in 2010
2011	Anhebung der „Sockelbeteiligung“ auf bundesdurchschnittlich 31 % Rückkehr zur quotalen Beteiligung an den KdU-Ausgaben (anstelle der Zahl der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften) Einführung der Beteiligungskomponente „Bildungs- und Teilhabe-paket“
2015	Einführung der Beteiligungskomponente „Kommunalentlastung“ mit 3,7 %
2016	Einführung der Beteiligungskomponente „Asyl-KdU“ mit anfänglich 2,9 %
2017	Erhöhung der Beteiligungskomponente „Kommunalentlastung“ auf 7,4 %
2018	Absenkung der Beteiligungskomponente „Kommunalentlastung“ auf 5,8 %
2019	Absenkung der Beteiligungskomponente „Kommunalentlastung“ auf 3,3 %
2020	Erhöhung der Beteiligungskomponente „Kommunalentlastung“ um 25 %



Die Sonderbedarf Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) im Bereich Hartz IV. sind seit dem Jahr 2016 stark rückläufig. Hintergrund ist, dass gerade in den östlichen Bundesländern die Bedarfsgemeinschaften rückläufig sind, dagegen in den westlichen Bundesländern ansteigen. Damit fließt mehr Geld in die westlichen Bundesländer.



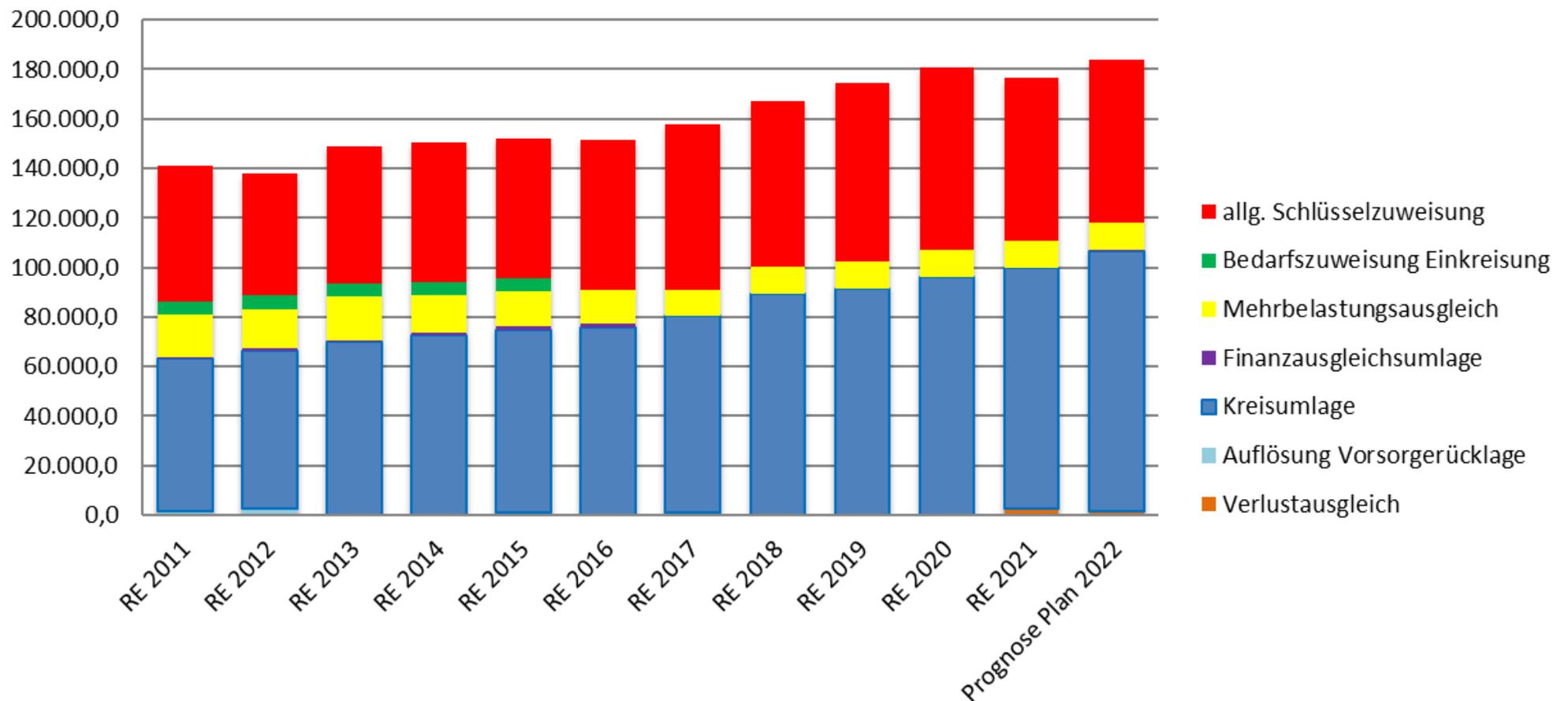
7.2.2 Analyse der wichtigsten Erträge und Aufwendungen

Um Ansätze für die Haushaltskonsolidierung aufzuzeigen, ist es erforderlich, die Ertrags - und Aufwandsentwicklung des Landkreises zu betrachten.

Bei der Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel ist ersichtlich, dass gerade in den Jahren 2011 und 2012 sehr einschneidende Rückgänge zu verzeichnen waren. Dies ist vor allem auf die Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2009 und 2010 zurückzuführen. Der Rückgang der Steuereinnahmen der Gemeinden im Jahr 2009 von 13 % zu den Jahren 2007 und 2008 hat sich bei den Umlagegrundlagen für die Berechnung der Kreisumlage niedergeschlagen. Das konnte auch durch eine Ersatzvornahme der Landesdirektion Sachsen im Jahr 2011, Anhebung des Kreisumlagehebesatzes von 28,0 % im Jahr 2010 auf 31,5 % im Jahr 2011 nicht kompensiert werden. Darüber hinaus hatte auch das Land Sachsen erhebliche Steuereinnahmerückgänge zu verzeichnen, was sich im Rückgang der Finanzausgleichsmasse zwischen den Jahren 2012 zu 2009 (- 25 %) und damit den Schlüsselzuweisungen (- 17 %) ausdrückt. Ab dem Jahr 2013 stiegen die allgemeinen Deckungsmittel wieder an. Im Jahr 2021 sanken die allgemeinen Deckungsmittel wieder ab. Hintergrund dafür sind die Auswirkungen der Corona-Pandemie.

	RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	RE 2015	RE 2016	RE 2017	RE 2018	RE 2019	RE 2020	RE 2021
- in TEUR -											
allg. Schlüsselzuweisung	54.927,4	49.311,4	55.532,3	56.631,0	56.362,8	60.769,8	66.917,0	67.285,4	72.016,9	73.753,4	65.742,2
Investive SZW für Instandsetzung	0,0	0,0	706,8	996,8	1.967,2	879,5	1.454,9	1.319,7	1.459,5	879,8	915,0
Bedarfszuweisung Einkreisung	5.272,0	5.272,0	5.272,0	5.272,0	5.272,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verlustausgleich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2.824,4
Mehrbelastungsausgleich	16.854,2	16.098,1	17.578,0	15.098,6	14.306,2	13.597,8	10.810,2	10.810,2	10.601,7	10.601,7	10.601,7
Kreisumlage	61.497,5	63.673,4	70.071,8	72.535,2	74.044,1	75.967,7	79.035,5	89.228,5	91.517,0	96.192,8	97.047,6
Finanzausgleichsumlage	680,8	915,6	634,1	1.147,1	1.267,5	1.117,4	0,0	63,1	141,5	206,3	145,6
Auflösung Vorsorgerücklage	1.757,1	2.635,6	0,0	0,0	871,4	0,0	1.210,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	140.989,0	137.906,1	149.088,2	150.683,9	152.124,0	151.452,7	157.972,9	167.387,2	174.277,1	180.754,2	173.537,1

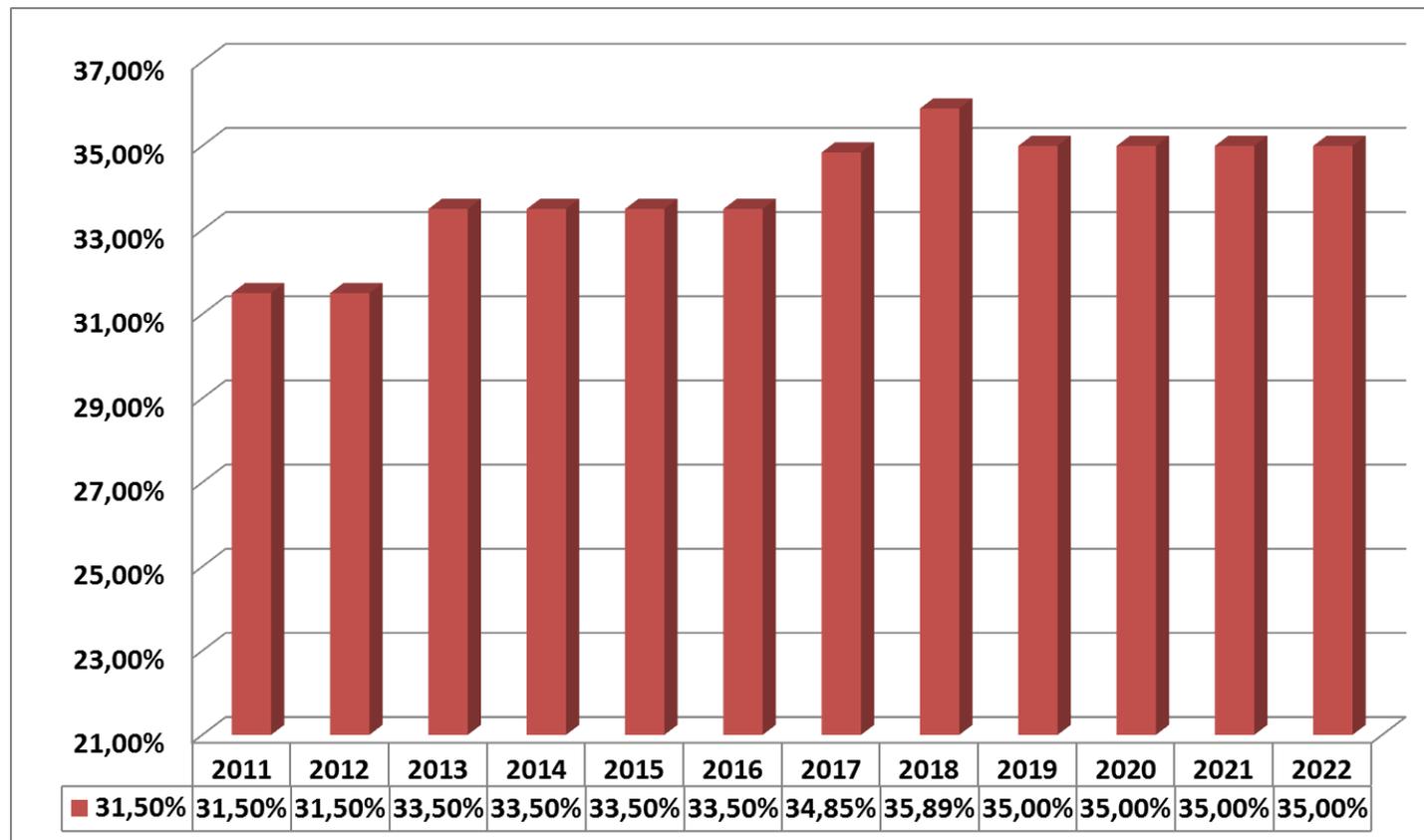
Entwicklung allgemeine Deckungsmittel



Neben der allgemeinen Schlüsselzuweisung, der Bedarfszuweisung, der Finanzausgleichsumlage und dem Mehrbelastungsausgleich zählt die Kreisumlage mit zu den wichtigsten Erträgen. Für die Vergleichbarkeit wurde die Bedarfszuweisung Einkreisung im Haushaltsjahr 2016 noch einmal separat dargestellt, lt. Finanzausgleichsgesetz 2015/16 ist dieser Betrag ab dem Jahr 2016 in der allgemeinen Schlüsselzuweisung enthalten.

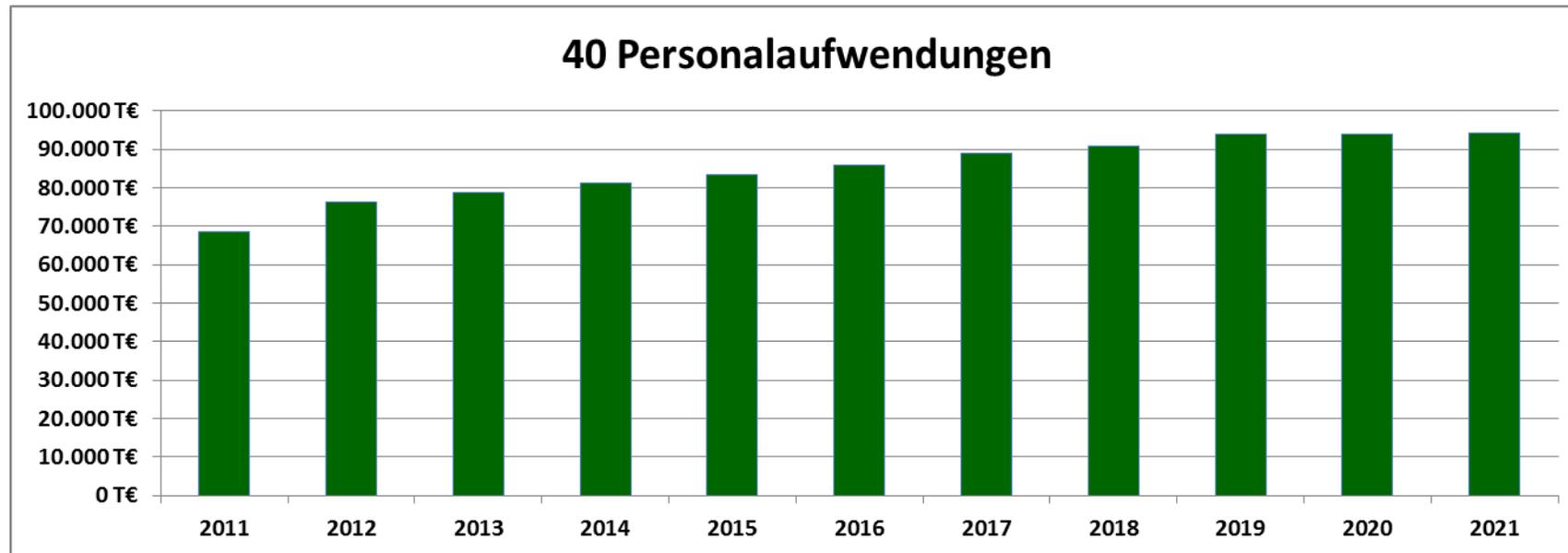
Die Kreisumlage ist eine feste Ertragsposition, ihr Anteil an den ordentlichen Erträgen beträgt mittlerweile 20 %. Im Jahr 2009 wurde mit einem Hebesatz von 28 % ein Ertrag in Höhe von 61.309,3 TEUR erzielt. Eine erste Erhöhung des Hebesatzes nach der Kreisgebietsreform erfolgte im Jahr 2011 per Ersatzvorname durch die Landesdirektion Dresden auf 31,5 %.

Mit der Haushaltssatzung für die Jahre 2013/2014 wurde dann ein Hebesatz von 33,5 % beschlossen. Im Jahr 2017 wurde ein originärer Hebesatz von 34,33 % sowie ein Zuschlag von 0,515 % beschlossen. Hintergrund war ein Mehrertrag an Umsatzsteuer der Gemeinden die zur Kompensation von Mehraufwendungen bei der Eingliederungshilfe und zusätzliche KdU-Beiträge der Kreise bestimmt war. Im Jahr 2018 wurde der Zuschlag auf 1,558 % angehoben und in den Jahren 2019 und 2020 wieder auf 0,67 % abgesenkt. Ab dem Jahr 2021 wurde ein Kreisumlagehebesatz von 35 % festgesetzt.



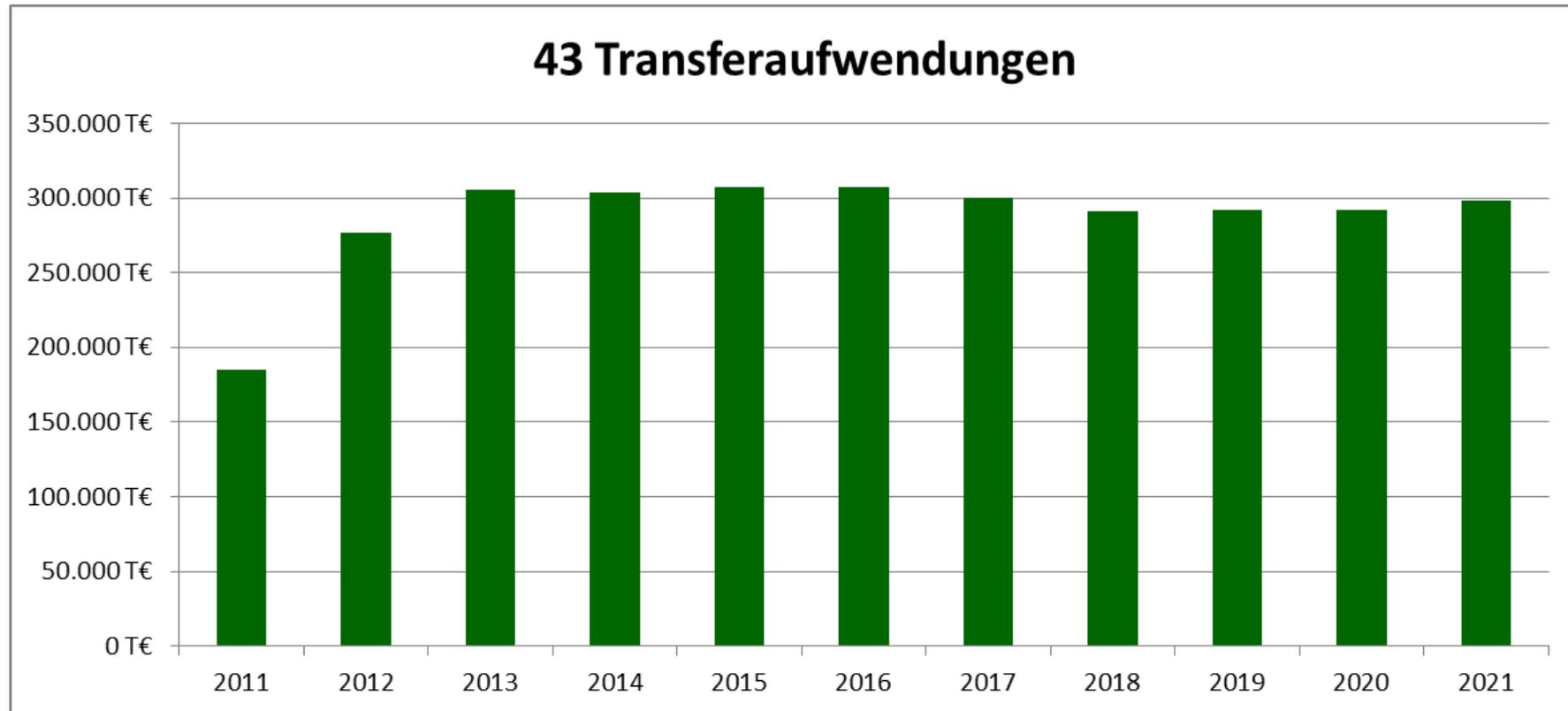
Personalaufwendungen (Kontengruppe 40)

Die Personalaufwendungen (Kontengruppe 40) steigen im Landkreis Görlitz stetig an. Grund dafür sind hauptsächlich Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst. Der starke Anstieg der Personalkosten im Jahr 2012 ist auf die Übernahme der ARGE NOL, zurückzuführen. Nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung des Personalaufwandes und deren prozentuale Steigerung gemessen am Rechnungsergebnis des Vorjahres auf. Die Stagnierung der Personalkosten in den Jahren 2020 und 2021 ist auf eine Umbuchung der Personalkosten in das Sonderergebnis zurück zu führen. Das war im Zuge der Corona-Pandemie in einem Erlass festgelegt worden.



	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
40 Personalaufwendungen	68.594 T€	76.337 T€	78.610 T€	81.295 T€	83.312 T€	85.876 T€	88.903 T€	90.731 T€	93.719 T€	93.774 T€	94.307 T€
Steigerung in %		11%	3%	3%	2%	3%	4%	2%	3%	0%	1%

Die Transferaufwendungen machen den größten Anteil an ordentlichen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes mit durchschnittlich 56,4% aus. Die Steigerung von 2011 zu 2012 ist auf die Übernahme der ARGE NOL in den Landkreis Görlitz zum Jobcenter zurück zu führen.



	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
43 Transferaufwendungen	185.401 T€	276.503 T€	305.815 T€	303.366 T€	307.709 T€	307.168 T€	300.180 T€	291.189 T€	292.416 T€	292.155 T€	298.842 T€
% am Gesamtaufwand	47,9%	59,1%	60,3%	58,6%	59,3%	57,6%	56,4%	56,0%	55,5%	55,7%	54,5%

7.2.3 Analyse der Ausgangssituation

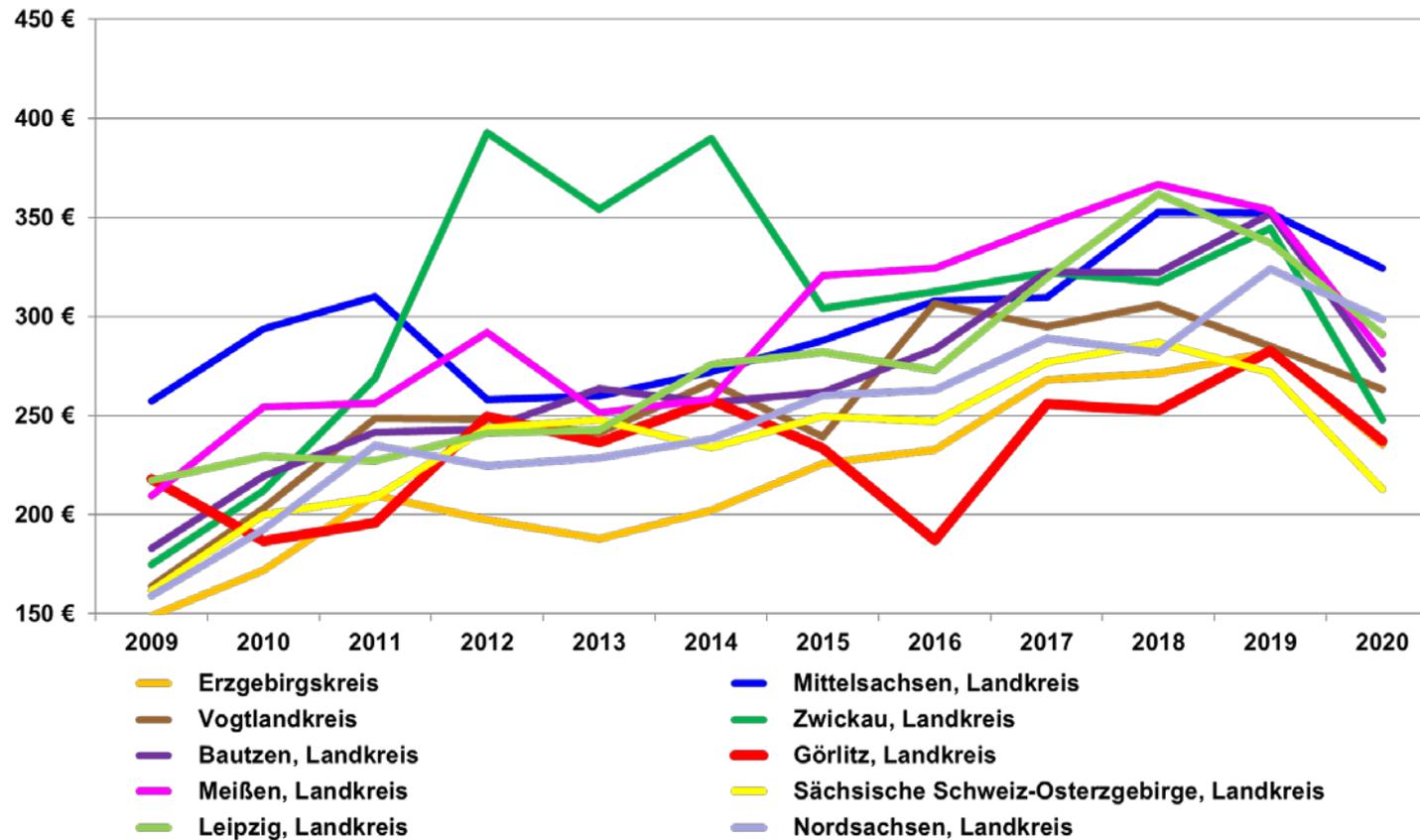
Der Gesamthaushalt des Landkreises ist in Hauptbudgets gegliedert und stellt mit Ausnahmen vom Hauptbudget 90 – allgemeine Finanzwirtschaft – Zuschussbereiche dar.

In nachfolgender Tabelle sind das vorläufige Rechnungsergebnis 2021, der Ansatz und die Prognose 2022 sowie die Änderungen vom Ursprungsplan 2021/22 zur Mittelanmeldung 2023/24 ersichtlich:

Hauptbudget	2021	2022		Ansatz 2023		
	Ergebnis	Ansatz	Prognose	mittelfristige Finanzplanung 2021/22	Mittelanmeldung 2023/24	Änderung
1 - Zentraler Service	-12.267.556,77	-13.371.700	-13.423.400	-13.284.700	-16.648.400	-3.363.700
10 - Öffentliche Sicherheit und Ordnung	-19.295.687,65	-19.668.900	-21.426.300	-20.549.800	-29.139.700	-8.589.900
20 - Schulen und Sport	-18.116.861,37	-18.982.800	-20.210.400	-19.692.800	-24.858.300	-5.165.500
30 - Kultur	-7.934.330,16	-8.266.900	-8.254.500	-8.341.700	-8.525.900	-184.200
41 - Soziales	-57.659.993,24	-59.279.700	-63.688.800	-60.021.000	-74.192.500	-14.171.500
45 - Jugend	-54.547.616,82	-55.833.500	-60.584.000	-57.144.000	-67.423.200	-10.279.200
48 - SGB II	-3.742.766,39	-4.417.900	-5.117.900	-5.176.000	-10.959.700	-5.783.700
50 - Gesundheit	-4.679.451,50	-5.086.800	-5.255.500	-5.315.700	-6.110.000	-794.300
60 - Bau-, Wohnungswesen und Verkehr	-21.090.275,23	-21.577.500	-21.262.600	-21.574.300	-22.313.700	-739.400
72 - Abfallwirtschaft	24.771,80	0	0	0	-1.600	-1.600
80 - Zentrale Steuerung	-10.875.586,53	-6.656.700	-6.822.700	-6.471.100	-6.760.300	-289.200
90 - Allgemeine Finanzverwaltung	189.511.911,89	202.922.900	197.815.300	209.920.300	223.439.400	13.519.100
91 - HSK -Maßnahmen	4.055.105,72	2.688.800	2.688.800	3.434.600	0	-3.434.600
Gesamtsumme Ergebnishaushalt	-16.618.336,25	-7.530.700	-25.542.000	-4.216.200	-43.493.900	-39.277.700

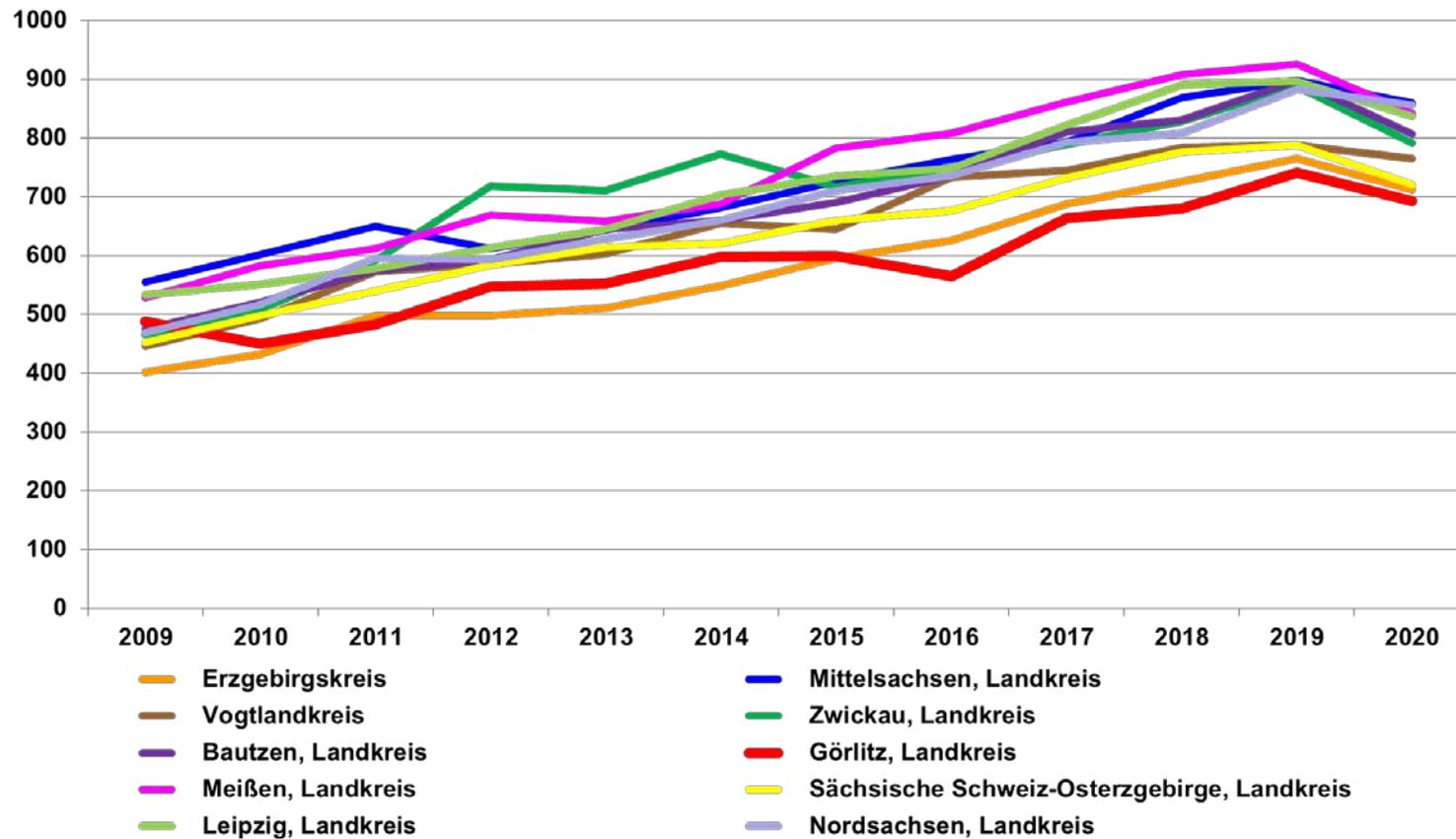
7.3 Vergleich mit anderen Kommunen

Gewerbesteueraufkommen je Einwohner



In dieser Grafik ist ersichtlich, dass der Landkreis Görlitz gerade in den letzten Jahren das geringste Gewerbesteueraufkommen im Vergleich zu den anderen Landkreisen hat.

Steuereinnahmekraft je Einwohner in EURO



Auch die Steuereinnahmekraft ist im Landkreis Görlitz gegenüber den anderen sächsischen Landkreisen am geringsten.

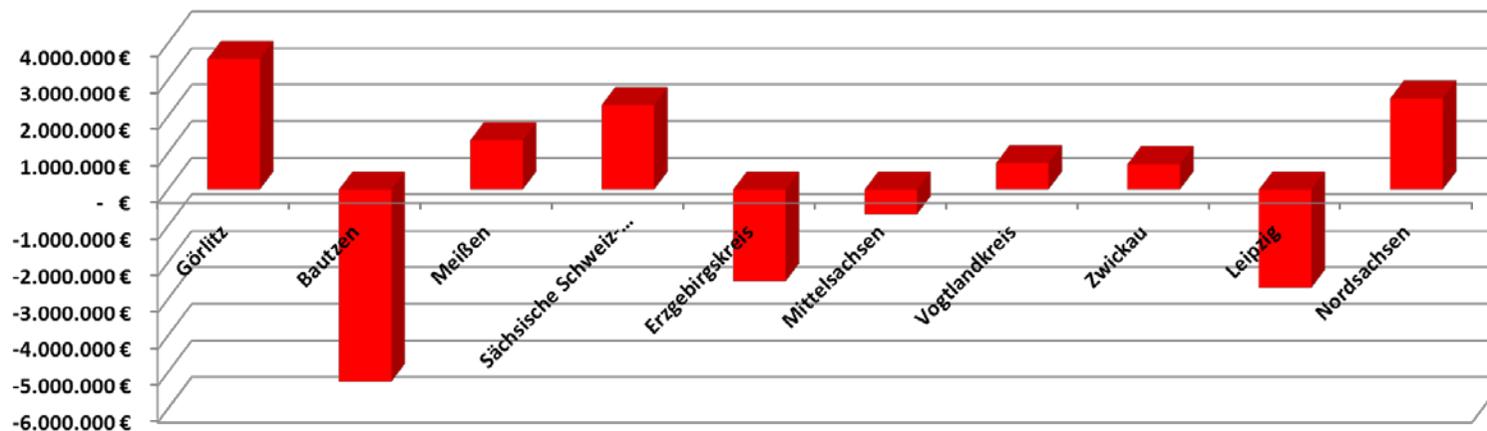
Auf den nachfolgenden Tabellen und Grafiken wurden mit Hilfe der Daten des Statistischen Landesamtes Sachsen (StaLa) Vergleiche mit den anderen sächsischen Landkreisen vorgenommen. Dabei wurden nur die sozialen Ein- und Auszahlungen betrachtet.

In diesen Vergleichen wurden als erstes die Netto-Auszahlungen ermittelt. Um die Vergleichbarkeit noch zu erhöhen, wurden diese Auszahlungen in das Verhältnis zu den Einwohnern gesetzt.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass es in den unterschiedlichen sozialen Bereichen auch Landkreise gibt, wo die Nettobelastung noch stärker ist als bei dem Landkreis Görlitz. Aber alle sozialen Bereiche zusammengefasst, ist festzustellen, dass der Landkreis Görlitz die höchste Belastung bei den sozialen Auszahlungen hat.

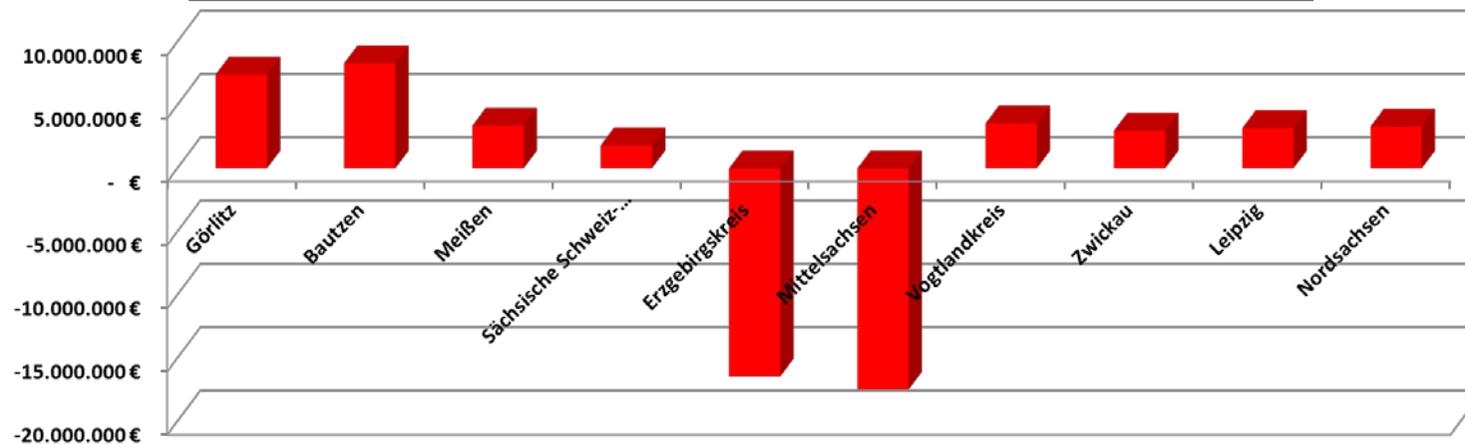
Nettobelastung der Landkreise im Vergleich (STALA 2019) „SGB II (KdU)“

Landkreis	Einwohner	Nettobelastung SGB II	Nettobelastung SGB II je EW	AD	Mehrbelastung zum Durchschnitt KdU
Görlitz	252.725	6.102.213 €	24 €	141%	3.570.932 €
Bautzen	299.758	- 2.253.471 €	- 8 €	-175%	- 5.255.832 €
Meißen	241.717	3.764.303 €	16 €	55%	1.343.278 €
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	245.611	4.769.282 €	19 €	94%	2.309.254 €
Erzgebirgskreis	334.948	845.800 €	3 €	-75%	- 2.509.023 €
Mittelsachsen	304.099	2.376.047 €	8 €	-22%	- 669.794 €
Vogtlandkreis	225.997	2.980.823 €	13 €	32%	717.248 €
Zwickau	315.002	3.844.004 €	12 €	22%	688.960 €
Leipzig	258.139	- 100.284 €	- 0 €	-104%	- 2.685.791 €
Nordsachsen	197.741	4.471.332 €	23 €	126%	2.490.768 €



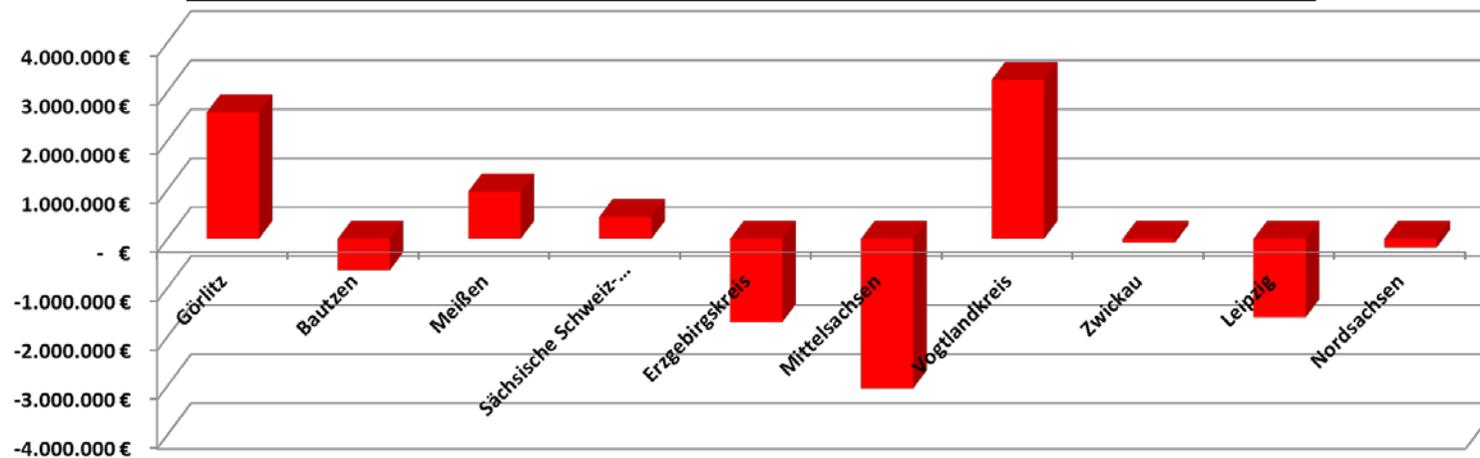
Nettobelastung der Landkreise im Vergleich (STALA 2019) „Jugendhilfe“

Landkreis	Einwohner	Nettobelastung Jugendhilfe	Nettobelastung Jugendhilfe je EW	AD	Mehrbelastung zum Durchschnitt Jugendhilfe
Görlitz	252.725	46.947.240 €	186 €	19%	7.423.161 €
Bautzen	299.758	55.183.941 €	184 €	18%	8.304.293 €
Meißen	241.717	41.174.576 €	170 €	9%	3.372.056 €
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	245.611	40.219.713 €	164 €	5%	1.808.204 €
Erzgebirgskreis	334.948	35.953.484 €	107 €	-31%	- 16.429.586 €
Mittelsachsen	304.099	30.090.717 €	99 €	-37%	- 17.467.827 €
Vogtlandkreis	225.997	38.897.002 €	172 €	10%	3.552.959 €
Zwickau	315.002	52.231.167 €	166 €	6%	2.967.485 €
Leipzig	258.139	43.539.168 €	169 €	8%	3.168.384 €
Nordsachsen	197.741	34.225.910 €	173 €	11%	3.300.869 €



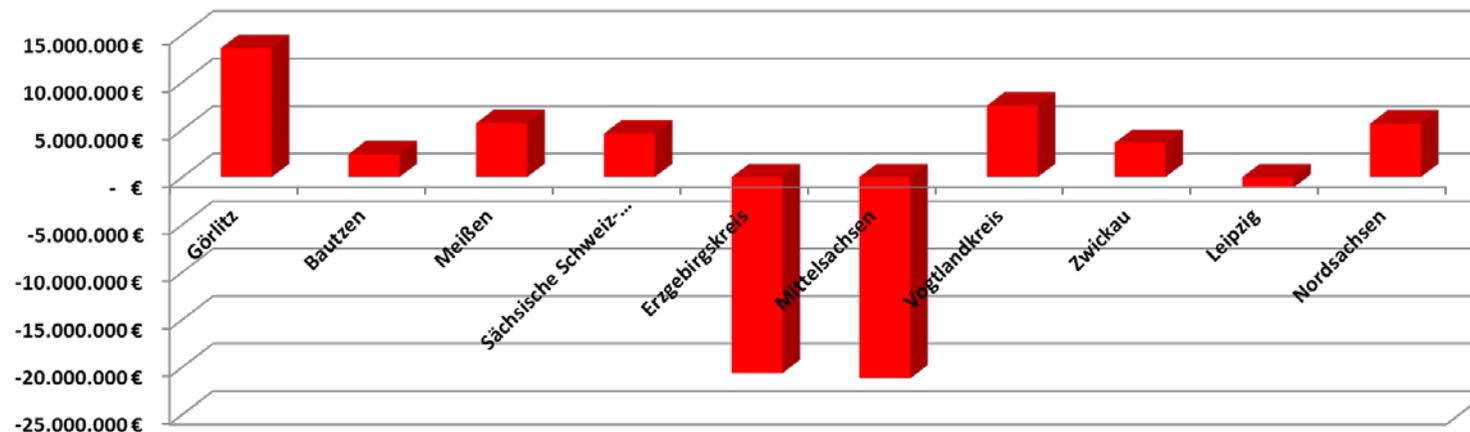
Nettobelastung der Landkreise im Vergleich (STALA 2019) „Sozialhilfe“

Landkreis	Einwohner	Nettobelastung Sozialhilfe	Nettobelastung Sozialhilfe je EW	AD	Mehrbelastung zum Durchschnitt Sozialhilfe
Görlitz	252.725	17.997.877 €	71 €	17%	2.575.918 €
Bautzen	299.758	17.653.773 €	59 €	-3%	- 638.266 €
Meißen	241.717	15.714.783 €	65 €	7%	964.561 €
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	245.611	15.433.974 €	63 €	3%	446.130 €
Erzgebirgskreis	334.948	18.744.979 €	56 €	-8%	- 1.694.449 €
Mittelsachsen	304.099	15.509.537 €	51 €	-16%	- 3.047.402 €
Vogtlandkreis	225.997	17.033.513 €	75 €	24%	3.242.568 €
Zwickau	315.002	19.146.149 €	61 €	0%	- 76.120 €
Leipzig	258.139	14.156.952 €	55 €	-10%	- 1.595.384 €
Nordsachsen	197.741	11.889.132 €	60 €	-1%	- 177.556 €



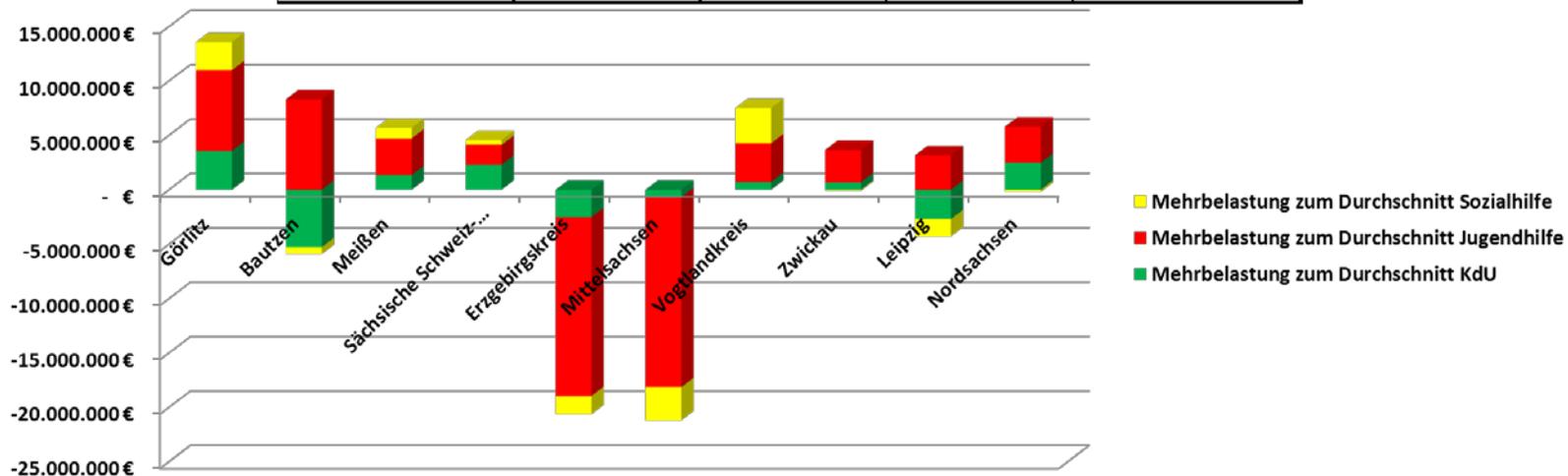
Nettobelastung der Landkreise im Vergleich (STALA 2019) „Gesamtbelastung“

Landkreis	Mehrbelastung zum Durchschnitt KdU	Mehrbelastung zum Durchschnitt Jugendhilfe	Mehrbelastung zum Durchschnitt Sozialhilfe	Gesamtmehrbelastung
Görlitz	3.570.932 €	7.423.161 €	2.575.918 €	13.570.011 €
Bautzen	- 5.255.832 €	8.304.293 €	- 638.266 €	2.410.195 €
Meißen	1.343.278 €	3.372.056 €	964.561 €	5.679.895 €
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	2.309.254 €	1.808.204 €	446.130 €	4.563.589 €
Erzgebirgskreis	- 2.509.023 €	- 16.429.586 €	- 1.694.449 €	- 20.633.057 €
Mittelsachsen	- 669.794 €	- 17.467.827 €	- 3.047.402 €	- 21.185.022 €
Vogtlandkreis	717.248 €	3.552.959 €	3.242.568 €	7.512.775 €
Zwickau	688.960 €	2.967.485 €	- 76.120 €	3.580.324 €
Leipzig	- 2.685.791 €	3.168.384 €	- 1.595.384 €	1.112.791 €
Nordsachsen	2.490.768 €	3.300.869 €	- 177.556 €	5.614.081 €

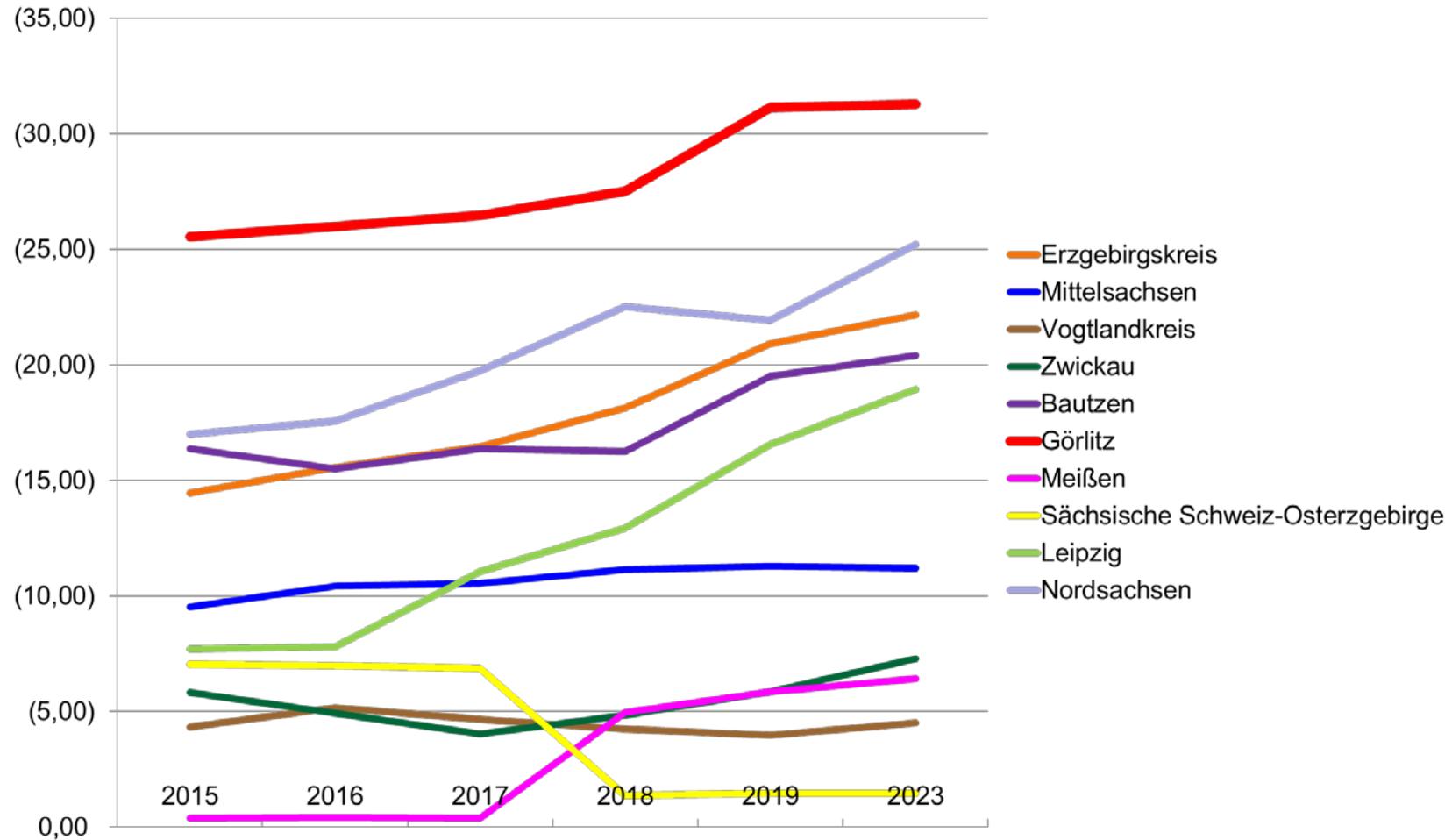


Nettobelastung der Landkreise im Vergleich (STALA 2019) „Gesamtbelastung,,

Landkreis	Mehrbelastung zum Durchschnitt KdU	Mehrbelastung zum Durchschnitt Jugendhilfe	Mehrbelastung zum Durchschnitt Sozialhilfe	Gesamtmehrbelastung
Görlitz	3.570.932 €	7.423.161 €	2.575.918 €	13.570.011 €
Bautzen	- 5.255.832 €	8.304.293 €	- 638.266 €	2.410.195 €
Meißen	1.343.278 €	3.372.056 €	964.561 €	5.679.895 €
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	2.309.254 €	1.808.204 €	446.130 €	4.563.589 €
Erzgebirgskreis	- 2.509.023 €	- 16.429.586 €	- 1.694.449 €	- 20.633.057 €
Mittelsachsen	- 669.794 €	- 17.467.827 €	- 3.047.402 €	- 21.185.022 €
Vogtlandkreis	717.248 €	3.552.959 €	3.242.568 €	7.512.775 €
Zwickau	688.960 €	2.967.485 €	- 76.120 €	3.580.324 €
Leipzig	- 2.685.791 €	3.168.384 €	- 1.595.384 €	1.112.791 €
Nordsachsen	2.490.768 €	3.300.869 €	- 177.556 €	5.614.081 €

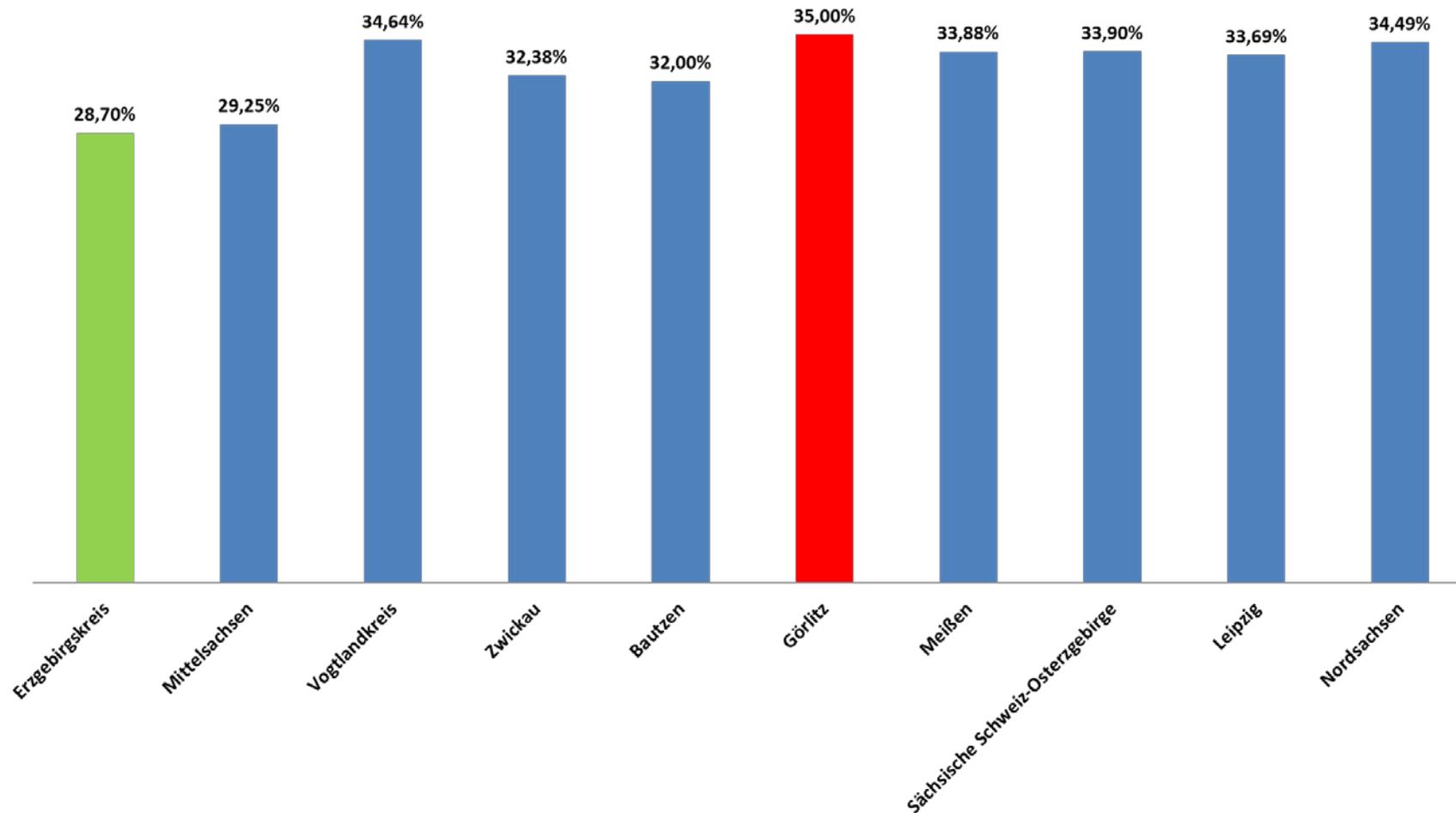


Kultur und Wissenschaft in EUR je Einwohner (Produktbezogene Finanzdaten SLKT)



Im Bereich der Kultur und Wissenschaft hat der Landkreis Görlitz die höchsten Aufwendungen je Einwohner zu verzeichnen.

Kreisumlagehebesätze 2022



Im Vergleich zu den anderen sächsischen Landkreisen hat der Landkreis Görlitz auch den höchsten Kreisumlagehebesatz.

7.4 Schuldenstand

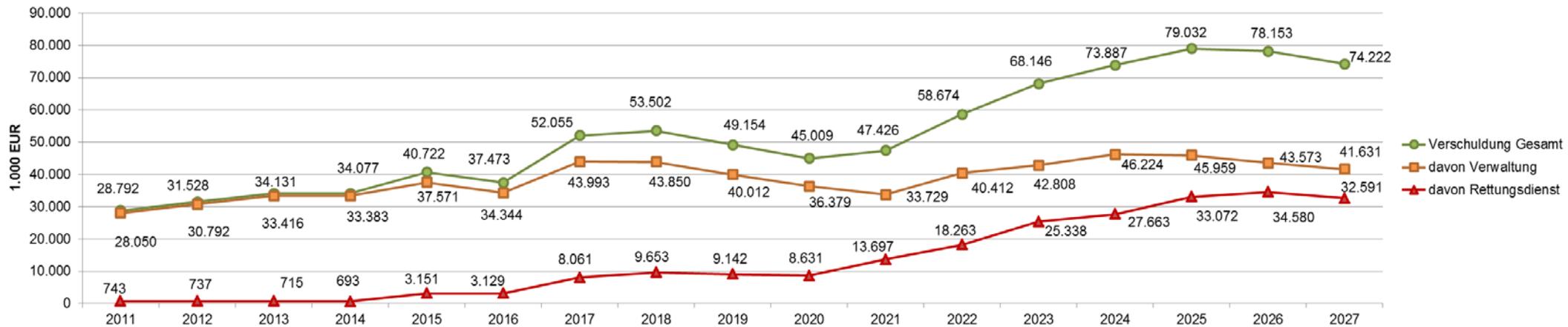
7.4.1 Investitionskredite

Entwicklung des Kapitaldienstes

Der Schuldenstand des Landkreises Görlitz für Investitionskredite ist im Zeitraum von 2011 bis 2022 kontinuierlich angestiegen. Ursache für die steigende Nettoneuverschuldung war das umfangreiche Investitionsprogramm im Schulhausbau, der kommunalen Infrastruktur, der Vermögenserwerb vorrangig im Bereich des Rettungswesens und der Bau des Verwaltungsgebäudes. Für die Jahre 2013 bis 2027 plant der Landkreis eine Nettoneuverschuldung in Höhe von ca. 15,5 Mio. EUR. Dieser Kreditbetrag enthält rentierliche Darlehen in Höhe von ca. 33,2 Mio. EUR für den Bau der Rettungswachen und Erstbeschaffungen im Rettungswesen.

Von 2011 zu 2027 wächst der Schuldenstand für Investitionskredite um voraussichtlich ca. 47,1 Mio. EUR auf ca. 74,3 Mio. EUR an. Im Jahr 2027 ist eine Pro-Kopfgesamtverschuldung von 314,14 EUR je Einwohner und eine Pro-Kopfverschuldung für den Bereich der Verwaltung in Höhe von 176,20 EUR je Einwohner zu erwarten. Gründe hierfür sind die Neuverschuldungen und abnehmende Einwohnerzahlen im Landkreis Görlitz. Die Pro-Kopfverschuldung der Verwaltung liegt noch unter dem vorgegebenen Richtwert für die Landkreise in Höhe von 250 EUR je Einwohner. Bei Betrachtung der Zinsentwicklung ist hervorzuheben, dass trotz der umfangreichen Neuverschuldung der jährliche Zinsaufwand von 2011 zu 2022 gesunken ist. Das lag an der Niedrigzinsphase am Kapitalmarkt. Im Krisenjahr 2022 änderte die EZB die Zinspolitik was auch auf mittelfristige Sicht zu steigenden Zinsen und einer dementsprechenden Zinsbelastung für den Landkreis führen wird. Der Ergebnishaushalt des Landkreises wird somit in den Planjahren wesentlich negativ beeinflusst.

Entwicklung der Verschuldung

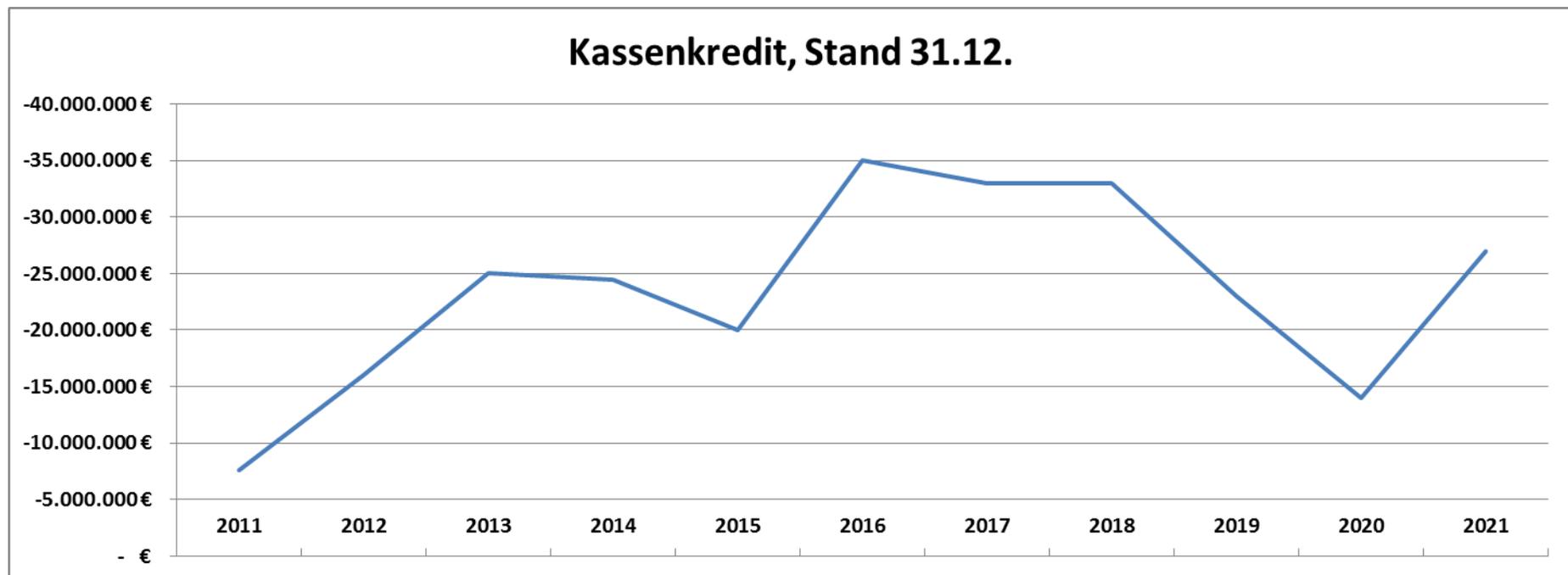


	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	in TEUR																
Kreditaufnahme	4.550	5.978	6.037	3.471	10.000	0	18.500	5.809	0	0	6.400	15.844	16.120	13.265	13.369	8.076	5.262
Tilgung	2.955	3.243	3.434	3.525	3.355	3.249	3.918	4.361	4.348	4.145	3.983	4.596	6.649	7.523	8.224	8.954	9.193
Verschuldung Gesamt	28.792	31.528	34.131	34.077	40.722	37.473	52.055	53.502	49.154	45.009	47.426	58.674	68.146	73.887	79.032	78.153	74.222
Verschuldung Verwaltung	28.050	30.792	33.416	33.383	37.571	34.344	43.993	43.850	40.012	36.379	33.729	40.412	42.808	46.224	45.959	43.573	41.631
Verschuldung Rettungsdienst	743	737	715	693	3.151	3.129	8.061	9.653	9.142	8.631	13.697	18.263	25.338	27.663	33.072	34.580	32.591
Pro Kopf	107,51 €	119,12 €	130,19 €	130,97 €	156,62 €	144,78 €	202,87 €	209,90 €	194,50 €	179,64 €	191,03 €	238,25 €	278,97 €	304,97 €	328,92 €	328,00 €	314,14 €
Pro Kopf Verwaltung	104,74 €	116,34 €	127,46 €	128,30 €	144,50 €	132,69 €	171,46 €	172,03 €	158,32 €	145,19 €	136,96 €	164,09 €	175,25 €	190,79 €	191,28 €	182,87 €	176,20 €

7.4.2 Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

In den Haushaltsjahren 2011 bis 2021 war die Kreiskasse des Landkreises zu jeder Zeit zahlungsfähig. Dies war nur durch die ständige Inanspruchnahme von Festbetragskassenkrediten, mit einem durchschnittlichen Wert von 23,5 Mio. EUR, möglich.

In den letzten Jahren wurden für Kassenkredite fast keine Zinsen zu zahlen. Im Gegenteil, es wurden vielmehr negativzinsen von den Kreditinstituten gezahlt bei der Aufnahme von Kassenkrediten. Die Ursache für die Reduzierung war das vorherrschende niedrige Zinsniveau am Kapitalmarkt.



8 Haushaltskonsolidierung

8.1. Übersicht der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung pro Budget

Kurzbeschreibung	Kategorie	2023	2024	2025	2026	2027
Änderung Amtsblatt ¹	1	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €	130.000 €
Haushaltskonsolidierung in Verbindung mit Verwaltung 4.0 ¹	1	- €	2.327.500 €	4.576.500 €	6.839.000 €	7.109.000 €
globale Minderaufwendung im Gesamtergebnishaushalt ¹	1	3.600.000 €	3.600.000 €	3.600.000 €	3.600.000 €	3.600.000 €
Reduzierung der Kulturförderung	1	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €	10.000 €
Summe Kategorie	1	3.740.000 €	6.067.500 €	8.316.500 €	10.579.000 €	10.849.000 €
ÖPNV Streckenreduzierung um bis zu 20%	2	- €	1.503.000 €	1.603.000 €	1.703.000 €	1.803.000 €
Erhöhung Eigenanteil Schülerbeförderung	2	54.000 €	129.000 €	129.000 €	129.000 €	129.000 €
Begrenzung Zuschuss Theater gemäß Kreistagsbeschluss ¹	2	1.829.000 €	2.042.000 €	2.255.000 €	2.468.000 €	2.681.000 €
Erhöhung der Kreisumlage von 35% auf 36% ¹	2	3.615.700 €	3.428.300 €	3.639.200 €	3.856.400 €	4.080.100 €
Deckelung Zuschuss Wirtschaftsförderung und Tourismus	2	138.400 €	153.300 €	43.600 €	65.600 €	19.600 €
Summe Kategorie	2	5.637.100 €	7.255.600 €	7.669.800 €	8.222.000 €	8.712.700 €
Zuschuss Sportförderung	3	240.000 €	240.000 €	240.000 €	240.000 €	240.000 €
Zuschuss Kuweit	3	- €	- €	- €	2.700.000 €	2.775.000 €
Zuschuss Museumsverbund	3	- €	- €	- €	157.800 €	157.800 €
Zuschuss Naturpark	3	46.300 €	46.700 €	47.100 €	47.600 €	48.000 €
Zuschuss Waldeisenbahn	3	- €	- €	- €	48.700 €	48.700 €
Jugendpauschale	3	- €	1.236.700 €	1.303.600 €	1.372.200 €	1.442.500 €
Summe Kategorie	3	286.300 €	1.523.400 €	1.590.700 €	4.566.300 €	4.712.000 €
Gesamt		9.663.400 €	14.846.500 €	17.577.000 €	23.367.300 €	24.273.700 €

¹ Maßnahme ist im Haushaltsplan enthalten